

Regierungsprogramm

2016 bis 2021



UNSER LAND VON MORGEN

LEBEN UND ARBEITEN IN RHEINLAND-PFALZ

1 Inhalt

2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

I. Wir in Rheinland-Pfalz	5
II. Unser Erfolgsland	6
III. Was vor uns liegt.....	8
IV. 50 gute Argumente für die SPD	11
1. Rheinland-Pfalz bietet, wonach Familien suchen.	11
2. Gebührenfreie Bildung von Anfang an.....	13
3. Schulen mit kleinen Klassen und ausreichend Personal	13
4. Gute Schule den ganzen Tag	13
5. Beste Förderung für alle Kinder und Jugendlichen	14
6. Wir machen unsere Kinder fit für die Zukunft	15
7. Hohe Qualität im Studium.....	15
8. Exzellenz und Innovation in der Forschung.....	16
9. Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs	16
10. Gesundheit und Pflege: Wir sichern die medizinische Versorgung	17
11. Hausärzte bleiben die ersten Ansprechpartner	18
12. Gute Pflege ist ein Grundrecht.....	18
13. Gute Löhne für Fachkräfte in sozialen Berufen.....	20
14. Mehr Aufmerksamkeit für Wohnen im Alter	20
15. Gut und bezahlbar Wohnen in Rheinland-Pfalz	21
16. Rheinland-Pfalz ist Einwanderungsland	22
17. Humane Flüchtlings- und Asylpolitik.....	23
18. Wirtschaftlichen Erfolg gemeinsam sichern.....	24
19. Innovationen für eine starke Wirtschaft.....	24
20. Drei Säulen unserer Wirtschaft: Industrie, Mittelstand, Handwerk.	25
21. Duale Ausbildung ist unser Standortvorteil	26

28	22. Fachkräfte sichern - Mehr Lehrstellen anbieten	26
29	23. Die Energiewende vollenden.....	27
30	24. Wir stehen für Mobilität - Rheinland-Pfalz setzt auf klugen Verkehrs-Mix	28
31	25. Verkehrswegebau mit den richtigen Prioritäten	29
32	26. Lärmschutz ist Lebensqualität.....	30
33	27. Gute Arbeit stärken - Öffentliche Hand ist Vorbild.....	31
34	28. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt - Arbeitsmarktpolitik stärken	32
35	29. Digitalisierung und Demografie gestalten.....	33
36	30. Schnelles Netz - Gute Zukunft	34
37	31. Demografie trifft auf digitalen Wandel.....	35
38	32. Nur starke Kommunen sichern gleichwertige Lebensverhältnisse	35
39	33. Kreative und lebendige Kommunen - Hier lebt Gemeinsinn	36
40	34. Polizei für Bürger - Bürgerpolizei.....	37
41	35. Feuerwehr und Rettungskräfte - Retter in der Not.....	38
42	36. Prävention - Kampf gegen Extremismus	38
43	37. Recht und Justiz garantieren unsere Freiheit.....	39
44	38. Verbraucherschutz steht für soziale Gerechtigkeit.....	40
45	39. Gleichberechtigung von Frauen und Männern konsequent vorantreiben	41
46	40. Rheinland-Pfalz steht für das Prinzip Inklusion	42
47	41. Vielfalt ist ein Gewinn für alle	43
48	42. Landwirtschaft und Weinbau für starke Ländliche Räume	43
49	43. Nachhaltigkeit in Natur- und Tierschutz	44
50	44. Sportliches Rheinland-Pfalz.....	46
51	45. Kulturland Rheinland-Pfalz.....	46
52	46. Offene und transparente Verwaltung.....	48
53	47. Medienland Rheinland-Pfalz - Kompetent in die Zukunft.....	48
54	48. Wir halten die Schuldenbremse ein und konsolidieren den Haushalt.....	49

55	49. Verantwortung für Europa und die Eine Welt	50
56	50. Rheinland-Pfalz: Die Mitmach-Demokratie.....	51
57	V. Worauf es ankommt.....	52
58		

59 **I. Wir in Rheinland-Pfalz**

60 In Rheinland-Pfalz zählen Zusammenhalt, Menschlichkeit und das gute Leben in einem schönen Land.
61 Rheinland-Pfalz ist geprägt von der Unterschiedlichkeit seiner Regionen, der verschiedenen Dialekte,
62 Traditionen und Bräuche. Und dennoch eint uns Rheinland-Pfälzer ein Lebensgefühl. Wir packen an -
63 und wir kommen Schritt für Schritt voran.

64 Mit Tatkraft, Optimismus und klaren politischen Zielen haben wir es in den vergangenen Jahrzehnten
65 in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland geschafft. Wir haben wirtschaftlichen Fortschritt mit
66 sozialer Verantwortung verbunden. Wir haben Vielfalt und Weltoffenheit als Chance genutzt. Wir
67 stehen gemeinsam mit den Menschen unseres Landes für ein Rheinland-Pfalz-Gefühl, das
68 Bodenständigkeit und Zukunftsoffenheit miteinander verknüpft.

69 Unser Zusammenhalt im Land ist gerade in diesen Zeiten, die auch von Unsicherheiten geprägt sind,
70 von unschätzbarem Wert. Auch in Rheinland-Pfalz machen sich die Menschen Gedanken über den
71 Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Menschen fragen sich, wie die Integration gut gelingen
72 kann und zeigen gleichzeitig durch ihre enorme Hilfsbereitschaft ihre Aufgeschlossenheit und
73 Solidarität. Zugleich stimmen die möglichen Auswirkungen des internationalen Terrorismus auf
74 unsere offene Gesellschaft nachdenklich.

75 Gerade in diesen Zeiten ist eine verlässliche Politik der Vernunft und Verantwortung gefragt, die den
76 Menschen Halt und Sicherheit gibt und die Aufgaben der Zeit gut und pragmatisch löst.

77 Die Sozialdemokratie regiert unser Land seit Jahren erfolgreich und verlässlich, mit Augenmaß und
78 den richtigen Konzepten. Dabei haben wir immer das Wohl der gesamten Gesellschaft im Blick.

79 So sind wir große Herausforderungen wie die Konversion und die Energiewende angegangen und
80 haben das bundesweit modernste Bildungssystem geschaffen. So wollen wir mit Ministerpräsidentin
81 Malu Dreyer an der Spitze unser Land von morgen gestalten.

82 Die SPD ist in Rheinland-Pfalz die einzige Partei, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen
83 Zusammenhalt vereint. Sie ist die Partei, die für Aufstiegsmöglichkeiten steht, für Leistung und für
84 Chancengleichheit. Wir in Rheinland-Pfalz haben etwas geschaffen, was es so in Deutschland kein
85 zweites Mal gibt: Ein Erfolgsland mit Herz, Lebensfreude, Zusammenhalt und Zukunft.

86 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was Heimat bedeutet. Wir wissen aber
87 auch, dass es immer wieder darauf ankommt, unsere Heimat fit für die Zukunft zu machen. Denn
88 Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen, nach innen wie nach außen. In
89 unserer Gesellschaft darf niemand abgehängt und vergessen werden. Aber wir sehen auch: Barbarei
90 und Krieg sind noch nicht überwunden, die Krisen dieser Welt wirken sich überall aus. Wegschauen

91 löst kein Problem, im Gegenteil. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür,
92 engagiert und mit klarer Haltung unser Land in dieser schwierigen Zeit weiter voranzubringen.

93 Eines ist klar: In Rheinland-Pfalz gelingt Zukunft nur, wenn wir den Zusammenhalt erhalten und
94 weiter stärken. Nur mit Zusammenhalt, Optimismus und unserer Anpack- und Mitmach-Mentalität
95 werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Nur so gestalten wir den demografischen
96 Wandel und die Digitalisierung. Nur so schaffen wir weiter viele neue Arbeitsplätze. Nur so sichern
97 wir dauerhaft die Integrationskraft unseres Bildungswesens und sorgen für mehr Wohnungsbau. Nur
98 so gelingt es uns, gegenüber den vielen Flüchtlingen ein menschliches Gesicht zu zeigen und sie in
99 unser Miteinander einzubeziehen.

100 Wir wollen ein Land, in dem die Menschen sich wohlfühlen und in dem die Menschen sich
101 gemeinschaftlich engagieren. Denn unser lebenswertes Rheinland-Pfalz wird von den Bürgerinnen
102 und Bürgern geprägt. Sie reden und entscheiden mit, sie prägen unser Land. Gemeinsam wollen wir
103 auch in Zukunft gut leben und arbeiten in Rheinland-Pfalz.

104

105 **II. Unser Erfolgsland**

106 Wir sind stolz darauf, dass unser Land gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit, Modernität,
107 wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt steht. Wir sichern gute Arbeit und
108 fördern unsere erfolgreiche Wirtschaft, wir kümmern uns um die Familien und halten unsere Älteren
109 mitten in der Gesellschaft, bei uns gibt es gute Bildung für alle, Fortschritt und Innovation, wir
110 stärken unseren ländlichen Raum und nutzen die Chancen der Digitalisierung.

111 Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die SPD-geführte Landesregierung haben in der vergangenen
112 Legislaturperiode viel erreicht: Rheinland-Pfalz ist ein starkes, ein lebens- und liebenswertes Land,
113 das beste Zukunftsaussichten hat. Rheinland-Pfalz ist heute schon Erfolgsland!

114 **Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland.** In Rheinland-Pfalz können sich alle Familien darauf verlassen,
115 dass ihre Kinder optimal gefördert werden. Durch Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule
116 haben bei uns alle Kinder und Jugendlichen die besten Chancen. Jede zweite Schule ist inzwischen
117 eine Ganztagschule; damit bieten wir den Schülerinnen und Schülern optimale Lernbedingungen
118 und individuelle Förderung. Mit unserer guten Unterrichtsversorgung, den kleinen Klassen und
119 unseren jungen Lehrerinnen und Lehrern sind wir bundesweit führend und sichern hohe Qualität.
120 Wir sind stolz, dass unsere Schülerinnen und Schüler bei Leistungsvergleichen regelmäßig gut
121 abschneiden. Kein anderes Bundesland hat eine höhere Quote der Drei- bis Sechsjährigen, die eine
122 Kita besuchen. Kein anderes westdeutsches Flächenland ist so erfolgreich beim Ausbau der

123 Kinderbetreuung der Unter-Dreijährigen. Und bei den Pro-Kopf-Investitionen in die
124 Kindertagesbetreuung sind wir bundesweit vorbildlich.

125 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Arbeit.** Wir sind stolz, dass in Rheinland-Pfalz noch nie so
126 viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren wie heute. Die Arbeitslosigkeit bei uns
127 ist die drittniedrigste aller 16 Bundesländer. Dies sind auch Erfolge sozialdemokratischer
128 Arbeitsmarktpolitik. Durch den Mindestlohn und das Landestarifreuegesetz sorgen wir gerechte
129 Bezahlung und mit unserer Fachkräftestrategie für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

130 **Rheinland-Pfalz ist ein Familienland.** In Rheinland-Pfalz fühlen sich die Familien wohl - durch den
131 gesellschaftlichen Zusammenhalt, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und eine hohe Vereinbarkeit von
132 Familie und Beruf. Wir sind stolz, dass wir beim Ausbau der Kinderbetreuung bundesweit eine
133 Spitzenrolle haben und die Familien von Bildungsgebühren für ihre Kinder entlasten. Kaum ein
134 anderes Bundesland investiert dabei so konsequent in Qualität wie wir es tun.

135 **Rheinland-Pfalz ist ein Wirtschaftsland.** Rheinland-Pfalz ist eines der wirtschaftlich erfolgreichsten
136 Bundesländer: Wir sind einer der wichtigsten Industriestandorte in Deutschland, haben einen
137 kraftvollen Mittelstand, ein leistungsstarkes Handwerk und kreative Start-ups. Die vielen
138 Gründungen bei uns im Land und unsere hohe Exportquote machen deutlich, dass wir zu den
139 wettbewerbsfähigsten und innovativsten Bundesländern gehören.

140 **Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land.** Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler können in ihrem
141 Bundesland mit dem guten Gefühl leben, dass für ihre Sicherheit gesorgt ist. In den vergangenen fünf
142 Jahren ist die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz Jahr für Jahr weiter gesunken. Zugleich können
143 wir im zehnten Jahr in Folge auf eine Aufklärungsquote über 60 Prozent verweisen. Dies sind Werte,
144 die nur wenige Länder vorweisen können. Unsere Polizisten sind in der Lage sich auf verändernde
145 Lagebilder einzustellen und so unser aller Sicherheit auch bei neuen Gefährdungslagen zu
146 gewährleisten.

147 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Pflege.** In Rheinland-Pfalz können sich die Menschen darauf
148 verlassen, dass sie im Alter gut gepflegt werden. Mit unseren Pflegestützpunkten im ganzen Land
149 und der bundesweit ersten Landespflegekammer schaffen wir dazu die Voraussetzungen. Unsere
150 Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dafür 2015 den Deutschen Pflegepreis erhalten. In Rheinland-
151 Pfalz kümmern wir uns um unsere älteren Menschen und halten sie mitten in unserer Gesellschaft -
152 mit der Gemeindegewerkschaft Plus und gemeinschaftlichen Wohnprojekten.

153 **Rheinland-Pfalz ist ein Zukunftsland.** Die Menschen in Rheinland-Pfalz gehen gerne mit der Zeit -
154 dies gilt auch für das Zeitalter der Digitalisierung. Wir sind stolz, dass wir als Flächenland einen
155 Spitzenplatz beim Ausbau von schnellem Internet haben. Mehr als 50.000 Lehrerinnen und Lehrer

156 haben wir schon zur Nutzung digitaler Medien weitergebildet, um unsere Kinder und Jugendlichen fit
157 zu machen für den Umgang mit den neuen Medien.

158 **Rheinland-Pfalz ist das Land des Zusammenhalts.** In keinem anderen Land engagieren sich mehr
159 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich, wie wir auch an der überwältigenden Hilfsbereitschaft für die
160 Flüchtlinge sehen können. Die Landesregierung würdigt dieses Engagement mit der
161 Landesehrenamtskarte. In Rheinland-Pfalz leben die Menschen nicht nur gut, sondern auch sicher: In
162 keinem anderen Bundesland ist das Sicherheitsgefühl so hoch wie bei uns.

163

164 **III. Was vor uns liegt**

165 In den nächsten Jahren wollen wir auf dem Erreichten aufbauen und unser Land noch lebenswerter
166 machen. Wir stehen dafür, dass der Zusammenhalt und die Werte unserer offenen Gesellschaft auch
167 in schwierigen Zeiten gewahrt werden und die Menschen in unserem Land weiter sicher leben
168 können. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz Spitze bei der Integration ist und alle Menschen im
169 Land die gleichen Chancen auf Bildung und Teilhabe haben. Und wir stehen dafür, dass die
170 Modernisierung unseres Landes entschlossen, aber in sozialer Verantwortung weitergeht. Die
171 Stärkung des Zusammenhalts durch Integration und Inklusion, die Veränderung von Arbeiten und
172 Leben durch die Digitalisierung, die alternde Gesellschaft: All das braucht eine Politik, die in
173 schwierigen Zeiten rechtzeitig und mutig anpackt und einen klaren Kompass hat - in Richtung
174 Offenheit und soziale Gerechtigkeit. Die Weichen für eine gute Zukunft stellen wir heute.

175 Wir fördern Familien und Kinder und investieren in Bildung für alle. Wir werden die Qualität des Kita-
176 Angebots weiter steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Wir werden
177 dafür sorgen, dass die Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum behalten. Deshalb fördern wir
178 im nächsten Schritt bereits für 2016 den Neubau von 4.200 Wohnungen in Rheinland-Pfalz und
179 werden danach den Wohnungsbau weiter voranbringen und auf hohem Niveau verstetigen.

180 Für die konsequente Umsetzung des Mindestlohns werden wir sorgen sowie Leiharbeit und
181 Werkverträge besser regeln und dazu insbesondere auf Bundesebene das Gewicht des Landes
182 Rheinland-Pfalz einbringen. Ein auskömmlicher Mindestlohn gehört zu unserem
183 sozialdemokratischen Grundverständnis einer fairen Gesellschaft. Und im Arbeitsleben darf es keinen
184 Trend hin zu Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse geben. Wir sehen in den Arbeitnehmerinnen
185 und Arbeitnehmern die Leistungsträger unseres Landes und unterstützen sie und die
186 Gewerkschaften, wenn es um die Abwehr von Billiglöhnen oder um Einschränkungen bei der
187 Alterssicherung geht.

188 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit: Ältere Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben,
189 müssen wirksamer vor Armut im Alter geschützt sein. Wir sehen in der Gesundheitsversorgung im
190 ländlichen Raum einen wichtigen Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode. Denn es muss weiter
191 gelten, dass bei uns alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben und einen direkten
192 medizinischen Ansprechpartner haben.

193 In den nächsten Jahrzehnten wird unser Land älter und bunter. Die Gesellschaft verändert sich
194 dadurch. Wir wollen diese Veränderung aktiv gestalten und dabei für sozialen Ausgleich, für
195 Menschlichkeit und Gerechtigkeit sorgen. Zudem revolutioniert die Digitalisierung unseren Alltag und
196 die Art und Weise, wie wir lernen, arbeiten und produzieren. Wir wollen im nächsten Schritt die
197 Breitbandversorgung überall im Land mit mindestens 50MBit/S bis 2018 sicherstellen, damit alle
198 Regionen Zugang zum schnellen Internet haben. Das ist die entscheidende Voraussetzung für
199 gleichberechtigte Teilhabe und für gleiche wirtschaftliche Chancen.

200 Gemeinsam mit unserer Wirtschaft sichern wir den Wohlstand der Zukunft. Unsere Politik richtet sich
201 an unseren erfolgreichen Mittelstand, unser leistungsfähiges Handwerk, unsere international
202 führende Industrie und unsere innovativen Start-ups.

203 Rheinland-Pfalz wird außerdem die von Ministerpräsidentin Malu Dreyer erreichte kontinuierliche
204 Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden zu den
205 zentralen Zukunftsthemen ausbauen und verstetigen.

206 Wir leben in Zeiten, die entschlossene Gesellschaftspolitik notwendig machen. Dabei geht es darum,
207 die Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen in unserem Land gute Zukunftschancen haben
208 und alle am Zusammenleben teilhaben. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb die Frage: Wie halten
209 wir unsere Gesellschaft und Europa zusammen? Wie gelingt zuhause und europaweit Integration?
210 Welches Gesicht bekommt unsere Gesellschaft? Da waren die Erfahrungen in den vergangenen
211 Jahren oft ernüchternd, denn Europa wird seinen Werten häufig nicht gerecht. Nationale Egoismen
212 und Interessen haben immer wieder die Oberhand bekommen.

213 Das zeigt: Auf unsere Haltung kommt es an - und auf die Bereitschaft zum nachbarschaftlichen
214 Zusammenleben. Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen aus unserer eigenen Geschichte, was es
215 bedeutet, in Zeiten nationaler Egoismen in einer Grenzregion zu leben. Und wir wissen aus den
216 vergangenen Jahrzehnten, wie viel Fortschritt und Freiheit offene Grenzen mit sich bringen. Dass die
217 ehemalige Grenzregion zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland heute so attraktiv
218 und lebenswert ist, sehen wir als Bestätigung und Auftrag zugleich.

219 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen für ein Rheinland-Pfalz, das seine Weltoffenheit
220 als große Zukunftschance versteht und allen entschieden entgegentritt, die Ressentiments schüren

221 oder sogar Hass predigen. Wir erwarten aber auch von der Bundesregierung und der Europäischen
222 Union, dass der Prozess der europäischen Einigung gerade jetzt vorangetrieben und nicht
223 zurückgedreht wird. Wir brauchen mehr Europa und ein entschlosseneres Europa, das seiner
224 internationalen Verantwortung nicht ausweicht. Dazu zählt auch mehr Unterstützung für
225 internationale Hilfsorganisationen und insbesondere eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb
226 Europas.

227 Wir leben in Zeiten, in denen es auf die Verteidigung und Stärkung unserer Werte ankommt. Es geht
228 dabei immer auch um Offenheit für das Zusammenleben über nationale, kulturelle und religiöse
229 Unterschiede hinweg - auf der Basis unseres liberalen Wertesystems und unseres Grundgesetzes. Die
230 SPD hatte maßgeblichen Anteil daran, dass sich unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten
231 in vielerlei Hinsicht neu geöffnet und Vorurteile gegen Minderheiten abgebaut wurden. Daran
232 können wir jetzt anknüpfen. In einer Enquete-Kommission wollen wir im Landtag und im Dialog mit
233 allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen über die neuen Herausforderungen bei der
234 Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sprechen, damit unser Land
235 Rheinland-Pfalz auch in Zukunft stark ist durch seine Weltoffenheit und seinen Zusammenhalt. Dabei
236 werden wir mit innovativen Beteiligungsformen die gesamte Gesellschaft in diese Zukunftsdiskussion
237 einbinden.

238 Zugleich geht es im Alltag aber auch um engagierten Pragmatismus, um praktisches Handeln zur
239 Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für einen Kurs, der
240 auf die schwer vorhersehbare Entwicklung der Flüchtlingszahlen vernünftig und mit Augenmaß
241 reagiert, ohne populistische Scheindebatten und mit Blick auf das Machbare. Unser Land beweist
242 dabei auch in schwierigen Situationen bei der Flüchtlingsunterbringung immer wieder seine
243 Bereitschaft zum Anpacken und zur Solidarität. Tausende Freiwillige helfen hier bei der Versorgung
244 der Flüchtlinge. Ihnen gelten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden
245 unser Dank und unsere Anerkennung, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir die
246 gewaltige Aufgabe nicht schultern.

247 Unsere Gesellschaft wird sich über die Flüchtlingspolitik nicht entzweien. Klar ist aber auch: Es gibt
248 eine Kultur von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, die wir nicht aufgeben
249 werden. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass die Menschen, die zu uns kommen, die
250 deutsche Sprache erlernen. Grundprinzipien unseres Zusammenlebens, wie sie in unserem
251 Grundgesetz stehen, müssen alle einhalten. Dazu gehört, dass Religion nicht über dem Gesetz steht,
252 Frauen und Männer gleichberechtigt sind, Homosexualität offen gelebt werden kann und der Staat
253 das Gewaltmonopol hat.

254 Wer die Interessen der einen gegen die der anderen ausgespielt, der setzt den Zusammenhalt
255 unserer Gesellschaft aufs Spiel. Das war immer schon so, und deshalb gibt es für uns auch jetzt nur
256 eine klare Antwort: Wir werden es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge gegen Arbeitslose ausgespielt
257 werden. Wir werden nicht Muslime gegen andere Religionsgemeinschaften ausspielen. Wir werden
258 nicht alte gegen neue Wohnungsmieter ausspielen. Uns geht es darum, dass neues Zusammenleben
259 gelingt.

260 Die Vorstellung aktiver und selbstbewusster Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist im
261 sozialdemokratischen Politikverständnis tief verankert. Die Sozialdemokratie hat über 150 Jahre
262 immer neue Wege gesucht, für alle Menschen die Teilhabe am Haben und Sagen zu ermöglichen. Das
263 fing an mit der Frage der Zugänge zu den wirtschaftlichen Ressourcen, der immer aktuellen Frage des
264 Aufstiegs durch Bildung und erweitert sich in der Wissensgesellschaft um die Zugänge zur
265 Information.

266 Teilhabe am Haben und Sagen ermöglichen: Darum geht es auch jetzt wieder. Wir stehen für eine
267 Gesellschaft, die jeden Menschen wertschätzt. Das kann nur miteinander und nicht gegeneinander
268 gelingen. Die SPD ist Expertin dafür.

269 Die SPD möchte Rheinland-Pfalz in eine gute Zukunft führen - mit Offenheit, mit Klarheit, mit der
270 Ausdauer und Freude daran, für Lösungen einzutreten, die alle mitnehmen. Ob Wirtschaft und
271 Arbeit, Bildung und Familie, Gesundheit und Pflege, Demografie und Digitalisierung. Mit diesem
272 Programm zeigen wir, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Wir haben Lust auf Zukunft!

273

274 **IV. 50 gute Argumente für die SPD**

275 **1. Rheinland-Pfalz bietet, wonach Familien suchen.**

276 Familien sind der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass Familien sehr unterschiedlich
277 sein können. Verschiedene Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder stehen nebeneinander: sei
278 es die „traditionelle“ Ehe, die gleichgeschlechtliche Partnerschaft, die Regenbogen- oder Patchwork-
279 Familie oder Alleinerziehende. Das alles ist Familie.

280 Heute ist es für Eltern nicht leicht, die eigene Arbeit mit der Erziehung der Kinder und oftmals noch
281 der Pflege von Angehörigen zu vereinen. Wir möchten, dass beide Elternteile partnerschaftlich Beruf
282 und Familie nach ihren Vorstellungen vereinbaren können, auch weil sie die Gewissheit haben, dass
283 ihre Kinder gute Betreuung erhalten. In unserer alternden Gesellschaft wird zudem die Vereinbarkeit
284 von Beruf und Pflege ein immer wichtigeres Thema. Wir möchten aber auch Mut machen zur

285 Familiengründung. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Aber Kinder bringen auch Freude
286 und positive Impulse in unser heutiges Leben.

287 Beim Ausbau von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung ist Rheinland-Pfalz bundesweit an der
288 Spitze. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, die Qualität der Einrichtungen weiter steigern und sie den
289 Bedürfnissen der Familien anpassen. Wir werden den Ausbau der Kindertagesstätten und die stetige
290 Verbesserung der Qualität der Einrichtungen gemeinsam mit den Kommunen weiter bedarfsgerecht
291 vorantreiben.

292 Unsere Arbeits- und Berufswelt macht es notwendig, dass unsere Einrichtungen nicht nur weiter
293 ausgebaut, sondern auch flexibler gestaltet werden. Wir wollen die Öffnungszeiten möglichst
294 erweitern und weiter flexibilisieren, um den Bedürfnissen der Eltern beispielsweise in Rand- und
295 Ferienzeiten entgegenkommen zu können. Dazu zählt auch ein Einstieg in Angebote während der
296 Ferienzeiten. Familienunterstützende Maßnahmen, die besonders auch Familien in schwierigen
297 Lebenslagen helfen, werden wir weiterentwickeln.

298 Wir wollen, dass der öffentliche Dienst sich in Rheinland-Pfalz zum familienfreundlichsten
299 Arbeitgeber weiterentwickelt. Dazu werden wir den Beschäftigten des Landes schrittweise ein
300 beitragsfreies Vermittlungsangebot für vorhandene Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote machen.
301 Auch halten wir die Einführung von Familientagen, die Flexibilisierung des Freistellungsjahres,
302 Familienarbeitszeitkonten und die Berücksichtigung während der Familienzeit gesammelter
303 Erfahrungen bei Einstellung für wünschenswert.

304 Wir wollen, dass generationenübergreifende Familienpolitik überall in Rheinland-Pfalz eine zentrale
305 Rolle spielt. Insbesondere die Häuser der Familie sind hier zu nennen. Insgesamt 42 Häuser der
306 Familie sind inzwischen als zertifizierte Angebote in allen rheinland-pfälzischen Landkreisen und
307 kreisfreien Städten etabliert und damit ein wichtiges Element der familienunterstützenden
308 Infrastruktur in den Kommunen. Sie sind Orte der intergenerationellen Begegnung und der
309 verschiedensten Angebote für alle Generationen.

310 Wir setzen uns dafür ein, dass die Familien in Deutschland finanziell gestärkt werden. Kinder dürfen
311 kein Armutsrisiko bedeuten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den alleinerziehenden Müttern
312 und Vätern. Gerade bei ihnen ist die Armutsgefährdung besonders hoch. Wir begrüßen die in diesem
313 Jahr vollzogene Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende, für die auch wir
314 uns eingesetzt haben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir uns im Bundesrat für die
315 steuerliche Entlastung aller Familien einsetzen und erreichen, dass das Ehegattensplitting zu einem
316 Familientarifsplitting weiterentwickelt wird. Zudem wollen wir das Kindergeld für das dritte und jedes
317 weitere Kind erhöhen.

318 **2. Gebührenfreie Bildung von Anfang an**

319 Gebührenfreie Bildung ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Mit uns haben alle
320 Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz die gleichen Chancen und werden individuell gefördert.
321 Wir wissen, dass Bildung nicht nur zentrales Mittel ist, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen,
322 sondern auch die beste Zukunftsinvestition.

323 Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sich mit uns darauf verlassen: Bildung ist und bleibt in
324 unserem Land gebührenfrei. Wir sind stolz, dass Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland von der Kita
325 ab dem zweiten Lebensjahr bis zur Hochschule allen Familien, ihren Kindern und Jugendlichen
326 gebührenfreie Bildung garantiert.

327 Wir wollen die Gebührenfreiheit schrittweise auf möglichst alle Bereiche der beruflichen Bildung
328 ausdehnen. Für die Altenpflegeausbildung ist es uns gelungen, die Gebührenfreiheit durch ein
329 Umlageverfahren zu ermöglichen. Dies streben wir auch in anderen Berufsbildern des
330 Gesundheitswesens an. Für uns ist klar: In einem sozial gerechten und leistungsstarken Rheinland-
331 Pfalz haben Gebühren und Beiträge keinen Platz!

332

333 **3. Schulen mit kleinen Klassen und ausreichend Personal**

334 Unsere Schülerinnen und Schüler schneiden bei Leistungsvergleichen gut ab und liegen in
335 Ländervergleichen regelmäßig im oberen Drittel. Dies spornt uns an, die Qualität unseres
336 Bildungssystems - von der Kita bis zu den Hochschulen - weiter zu verbessern.

337 Unsere Schülerinnen und Schüler lernen unter guten Rahmenbedingungen. Wir sind das Land der
338 kleinen Klassen und der jungen Lehrer. Unsere Grundschülerinnen und Grundschüler haben die
339 kleinsten Klassen bundesweit. Auch in den weiterführenden Schulen, vor allem in den fünften und
340 sechsten Klassen, liegen wir im bundesweiten Vergleich ganz weit vorne. Diesen Standard werden
341 wir halten und die Qualität weiterentwickeln.

342 Zentral ist für uns eine gute Unterrichtsversorgung. Das bedeutet, dass der Pflichtunterricht
343 abgedeckt wird und wir auch genügend Personal für Stunden mit gezielter Förderung und weiteren
344 Angeboten für unsere Schülerinnen und Schüler zur Verfügung haben. Wir sind hier schon große
345 Schritte vorangekommen. Künftig erreichen wir eine 100-Prozent-Unterrichtsversorgung.

346

347 **4. Gute Schule den ganzen Tag**

348 Rheinland-Pfalz ist das Land der Ganztagschulen. Bei uns ist schon jetzt mehr als jede zweite Schule
349 eine Ganztagschule. Damit garantieren wir jedem Kind einen Ganztagschulplatz in erreichbarer

350 Nähe und ermöglichen es den Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Wir wollen, dass es
351 künftig mehr zusätzliche Betreuung vor und nach der Ganztagschule sowie in den Ferien gibt, um
352 den Familien weiter passgenaue Angebote machen zu können. Dazu wollen wir gemeinsam mit den
353 Schulträgern die bisherigen Konzepte weiterentwickeln.

354

355 **5. Beste Förderung für alle Kinder und Jugendlichen**

356 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler so fördern, dass sie ihre Talente optimal entfalten können,
357 auch damit sie einen guten Schulabschluss erreichen. Dafür spielen neben den Lehrkräften auch
358 pädagogische Fachkräfte und Angebote der schulpsychologischen Beratung und Unterstützung sowie
359 der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle. Den schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit wollen wir
360 deshalb fortsetzen.

361 Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft, in der alle ihre Chancen
362 zu Teilhabe und Aufstieg bekommen. Unser Bildungssystem muss durchlässig bleiben und den
363 Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungswegen ermöglichen, um auf die individuellen
364 Talente und Lebensentwicklungen flexibel eingehen zu können. Durchlässigkeit,
365 Aufstiegsorientierung und eine Kultur zweiter Chancen sind Eckpfeiler unseres Bildungssystems.
366 Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit des Bildungssystems sind für uns zwei Seiten einer
367 Medaille.

368 Wir gewährleisten gesetzlich das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern
369 und Jugendlichen. Die Eltern entscheiden bei uns nach eingehender Beratung, ob ihr Kind eine
370 Schwerpunkt- oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen das Angebot an Schwerpunktschulen
371 bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir stellen zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung und bringen
372 weitere Förder- und Beratungszentren auf den Weg, die mit allen Schularten kooperieren und ihren
373 Sachverstand einbringen.

374 Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung, denn dies ist die Grundlage für alle weiteren
375 Bildungschancen. Angesichts der Zuwanderung wird dabei speziell die Sprachförderung für Kinder
376 mit Migrationshintergrund immer wichtiger. Wir wollen sicherstellen, dass alle nach Rheinland-Pfalz
377 kommenden Flüchtlingskinder von Beginn an in der deutschen Sprache unterrichtet und möglichst
378 schnell in den regulären Schulunterricht integriert werden.

379

380 **6. Wir machen unsere Kinder fit für die Zukunft**

381 Wir wollen, dass unsere Kinder als mündige, kritische und verantwortungsvolle Menschen die Schule
382 verlassen. Wir wollen, dass sie sich in unserer komplexen und global vernetzten Arbeitswelt und
383 Gesellschaft gut zurechtfinden. Deswegen ist ein kompetenter Umgang mit dem Internet und den
384 neuen Medien unverzichtbar. Unser Programm „Medienkompetenz macht Schule“ hat bereits
385 tausende Schülerinnen und Schüler erreicht und findet bundesweit Beachtung. Schon jetzt erwerben
386 viele Schülerinnen und Schüler ein Zertifikat für Medienkompetenz. Wir wollen, dass in Zukunft alle
387 Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der zehnten Klasse ein Medienkompetenz-Zertifikat
388 erhalten.

389 Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, Studium und Berufsweg vorbereiten.
390 Deswegen arbeiten wir bei der Berufswahl- und Studienorientierung eng mit unseren Hochschulen,
391 der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern
392 zusammen. Wir haben mit ihnen 2015 das Projekt „Kompetent in eigener Sache“ gestartet und für
393 alle weiterbildenden Schulen einen verbindlichen Tag der Berufs- und Studienorientierung etabliert.
394 Damit informieren wir alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht über Studienmöglichkeiten und
395 Karrierechancen im dualen System. Durch unsere externen Partner wird die Netzwerkbildung in den
396 Schulen gestärkt und die Eltern werden vorbildlich mit einbezogen. Diese Arbeit werden wir weiter
397 stärken. Damit gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.

398

399 **7. Hohe Qualität im Studium**

400 Auch an unseren Hochschulen gilt: Wir stehen für Qualität, Gebührenfreiheit und Durchlässigkeit.
401 Allgemeine Studiengebühren wird es mit uns nicht geben.

402 Heute gibt es 10.000 Studierende mehr an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen als noch vor
403 zehn Jahren, und dennoch ist die Betreuungsrelation günstiger geworden. Wir wollen die guten
404 Studienbedingungen und das Betreuungsverhältnis weiter verbessern. Wir befürworten ein
405 landesweites Semesterticket und unterstützen die Studierendenvertretungen und Zweckverbände
406 auf dem Weg dorthin.

407 Wir stehen für eine dauerhafte und verlässliche Grundfinanzierung unserer Hochschulen und wollen
408 ihre Autonomie und Gestaltungsfreiheit weiter stärken. Den gestiegenen Studierendenzahlen
409 werden wir bei der Fortsetzung des Hochschulpakts Rechnung tragen.

410 Wir sind das Land der Meister und Master und brauchen auch Meister mit Master. Deswegen haben
411 wir unsere Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Die Entscheidung für die berufliche
412 Bildung ist bei uns somit keine Entscheidung mehr gegen ein späteres Studium. Wir wollen den

413 Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte öffnen mit einem Studienangebot, das ihren Bedürfnissen
414 entspricht.

415 Durch berufsbegleitende Studienangebote wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter
416 verbessern.

417

418 **8. Exzellenz und Innovation in der Forschung**

419 In unseren Hochschulen wird die Zukunft erforscht, erdacht und gestaltet und dabei können die
420 rheinland-pfälzischen Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich gut bestehen.

421 Wir investieren mehr als eine Milliarde Euro im Jahr in unsere Hochschulen. Allein mit der
422 Forschungsinitiative wurde die Grundlagenforschung in den letzten vier Jahren mit 160 Millionen
423 Euro gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, indem wir durch gezielte Programme die
424 Profilierung unserer Hochschulen und ihre Vernetzung mit den leistungsstarken außeruniversitären
425 Forschungseinrichtungen weiter voranbringen.

426 Die Universitätsmedizin in Mainz werden wir weiter mit gezielten Investitionen unterstützen und so
427 Forschung, Lehre und Krankenversorgung auf höchstem Niveau ermöglichen.

428 Wir werden auch in Zukunft die Wissenschaftsallianzen fördern und die Zusammenarbeit von
429 Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft weiter vertiefen. Den erfolgreichen Weg des Auf- und
430 Ausbaus von Netzwerken und Clustern sowie der Ansiedlung neuer Forschungsinstitute werden wir
431 fortsetzen.

432

433 **9. Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

434 Damit unsere Hochschulen weiter erfolgreich und leistungsfähig sind, müssen wir heute
435 wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnen. Wir wollen gerade jungen Wissenschaftlerinnen und
436 Wissenschaftlern gute und dauerhafte Perspektiven bieten. Dazu schaffen wir neue Arbeitsplätze
437 und erhöhen den Anteil von dauerhafter Beschäftigung beim wissenschaftlichen Nachwuchs. An den
438 Universitäten werden wir verstärkt so genannte Tenure Track Positionen schaffen. Damit bekommen
439 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon zum Zeitpunkt der Berufung die Zusicherung
440 auf eine Dauerstelle, wenn ihre Tätigkeit positiv bewertet wird. So eröffnen wir frühzeitig planbare
441 Karrierewege.

442

443 **10. Gesundheit und Pflege: Wir sichern die medizinische Versorgung**

444 Die medizinische Versorgung für die Menschen in Rheinland-Pfalz ist auf einem hohen Niveau und
445 wohnortnah erreichbar. In den Städten, ihren Einzugsgebieten und den Mittelzentren ist eine
446 umfassende Versorgung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen bereits zukunftsfest. Vor allem
447 im ländlichen Raum sind in den kommenden Jahren zusätzliche Maßnahmen notwendig, weil diese
448 Regionen oft besonders von der Alterung der Gesellschaft und vom Bevölkerungsrückgang betroffen
449 sind. Deshalb wird das Modell der Gesundheitszentren, wie es der Sachverständigenrat im
450 Gesundheitswesen unterstützt, gefördert und umgesetzt. Unser Ziel ist, dass auch in Zukunft alle
451 Menschen in Rheinland-Pfalz, egal ob jung oder alt, ob auf dem Land oder in der Stadt, eine gute
452 medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und durch Krankenhäuser
453 haben. Ein wichtiges Anliegen ist der Ausbau der Altersmedizin. Hier können hochbetagte Menschen
454 die medizinische und rehabilitative Behandlung erhalten, die ihnen mehr Gesundheit und
455 Lebensqualität ermöglicht

456 Bei den Krankenhäusern kommt es stets auf eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der
457 Kapazitäten und der Qualität an. Rheinland-Pfalz hat ein hervorragendes Versorgungsniveau und wir
458 haben gleichzeitig verhindert, dass dabei ländliche Regionen abgehängt werden. Unser Ziel ist es,
459 diesen Standard zu sichern und den Krankenhausplan fortzuschreiben. Damit die
460 Gesundheitsversorgung für alle Menschen bezahlbar bleibt und die Kosten fair verteilt werden,
461 setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für die Einführung der Bürgerversicherung ein.

462 Um insbesondere die medizinische und pflegerische Versorgung in den ländlichen Räumen zu
463 sichern, werden wir das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ weiterführen. In
464 Rheinland-Pfalz werden bereits neue Versorgungsmodelle im ländlichen Raum geschaffen und es
465 werden die Vorteile der Telematik genutzt. Auch kleine ortsnahe Krankenhäuser sind ein wichtiger
466 Bestandteil einer guten und regionalen Gesundheitsversorgung; gemeinsam mit den
467 Krankenhausträgern werden wir Strukturen schaffen, um sie auch in Zukunft zu sichern. Auch
468 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind ein guter Weg zur Sicherung der
469 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Gerade in Regionen mit geringer Bevölkerungszahl
470 können zudem Zweig- und Filialpraxen mögliche Lücken schließen. Dies werden wir unterstützen.

471 Wir möchten, dass die Menschen auf ihrem letzten Lebensabschnitt gut versorgt sind und ihre
472 Schmerzen gemindert werden. Rheinland-Pfalz hat deswegen als eines der ersten Bundesländer die
473 Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen unterzeichnet. Damit wir
474 sterbenden Menschen die Begleitung am Lebensende anbieten können, die sie benötigen, fördern
475 wir die Hospiz- und Palliativversorgung. Besonders wichtig sind uns dabei die ambulanten Dienste,

476 damit dem Wunsch vieler Menschen entsprochen werden kann, an ihrem Lebensende in vertrauter
477 Umgebung zu bleiben.

478

479 **11. Hausärzte bleiben die ersten Ansprechpartner**

480 Wir möchten, dass auch in Zukunft die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher sein können, dass es
481 einen Hausarzt in ihrer Nähe gibt. Schließlich ist der Hausarzt für die meisten Patienten erster
482 Ansprechpartner, Vertrauensperson und gleichermaßen Lotse im Gesundheitssystem. Das soll auch
483 so bleiben. In den kommenden Jahren werden viele Hausärzte in den Ruhestand gehen. Deswegen
484 wollen wir in Abstimmung mit den Akteuren im Gesundheitswesen zielgerichtete Maßnahmen
485 gerade für jüngere Hausärztinnen und Hausärzte schaffen, sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen
486 oder eine angestellte Tätigkeit aufzunehmen.

487 Ein wichtiger Erfolg ist für uns die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der
488 Universitätsmedizin Mainz. Wir werden den „Masterplan zur Stärkung der ambulanten
489 hausärztlichen Versorgung“ gemeinsam mit unseren Partnern weiter umsetzen und den
490 Landeszuschuss zur Niederlassung von Hausärzten in gering versorgten, meist ländlichen Gebieten,
491 fortführen und nach Möglichkeit erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit wir
492 Medizinstudierende fördern können, die zusagen, dass sie nach ihrem Studium eine mindestens
493 fünfjährige Tätigkeit als Hausarzt oder Hausärztin aufnehmen.

494 Wir werden gezielt Arztpraxen an angestellte Ärzte vermieten. Damit können wir eine angestrebte
495 Selbstständigkeit der Hausärzte nach der Anstellung fördern. Wir wollen neue attraktive
496 Arbeitsformen gerade für junge Ärztinnen und Ärzte unterstützen, die es ihnen erlauben, Familie und
497 Beruf besser zu vereinbaren und ihre Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

498 Wir wollen, dass qualifizierten medizinischen Fachkräften mehr ärztliche Aufgaben übertragen
499 werden können, um Hausärzte zu entlasten. Deswegen wollen wir Delegationsprojekte -
500 beispielsweise durch Versorgungsassistenten in Hausarztpraxen - ausbauen.

501

502 **12. Gute Pflege ist ein Grundrecht**

503 In Rheinland-Pfalz sollen die Menschen im Alter gut versorgt sein. Dafür stehen unsere
504 Pflegestützpunkte im ganzen Land, die ambulanten und stationären Pflegedienste und unsere
505 Gemeindeschwester Plus. Auch dafür wurde Ministerpräsidentin Malu Dreyer 2015 der Deutsche
506 Pflegepreis verliehen. Die meisten Menschen werden heute weit älter als die Generationen vor uns..
507 Das ist für uns alle ein großes Glück. Nicht jeder und jede wird dabei auf Pflege angewiesen sein.

508 Dennoch wird der Unterstützungs- und Pflegebedarf steigen. Gute Pflege ist für uns eine
509 Grundpflicht der Gesellschaft und ein Grundrecht jedes Menschen.

510 Dieses Grundrecht muss für die Zukunft gesichert werden. Wir werden die ambulante Pflege weiter
511 stärken. Schließlich möchten die meisten Menschen am liebsten zuhause gepflegt werden. Wir
512 werden uns für eine stärkere Kooperation und Arbeitsteilung in der medizinischen und pflegerischen
513 Versorgung einsetzen. Die Medizinischen Versorgungszentren werden wir dazu um die Zuständigkeit
514 für die Pflege erweitern.

515 Wir werden gemeinsam mit den Pflegekassen und den Kommunen die Pflegeinfrastruktur vor Ort
516 weiterentwickeln. Unsere Pflegestützpunkte und die Beratungs- und Koordinierungsarbeit in den
517 Quartieren sind ein wichtiges Rückgrat, sie wollen wir stärken. Die Tagespflege zur Entlastung der
518 Angehörigen und zur Stärkung der Teilhabe der Menschen mit Pflegebedarf wollen wir weiter
519 ausbauen.

520 Wir wollen die stationären Pflegeeinrichtungen gemeinsam mit den Trägern weiterentwickeln, um
521 neue Versorgungs- und Betreuungskonzepte, die vielfach erprobt wurden, nutzen zu können. Mit der
522 Reform des Landeswohnformen- und Teilhabegesetzes haben wir bereits einen Mentalitätswechsel
523 angestoßen, der weitergehen muss.

524 Mit unseren Pflege-Strukturen sind wir heute schon bundesweit Spitze. Wir wollen aber, dass alle
525 Menschen wenn der Pflegefall eintritt, schnell ihren Anspruch auf gute Pflege umsetzen können.
526 Schließen haben viele Menschen Sorge, was passiert, wenn sie selber, ihr Partner oder ihre Eltern
527 von einem Tag auf den anderen pflegebedürftig werden. Vieles muss entschieden und organisiert
528 werden. Dazu haben die meisten weder das Wissen noch die Zeit.

529 Künftig soll in Rheinland-Pfalz jeder ältere Mensch, jeder Sohn, jede Tochter die Sicherheit haben:
530 Wenn Pflegebedürftigkeit in der Familie eintritt, bekommen sie einen Helfer zur Seite gestellt: Sie
531 haben Anspruch auf einen Persönlichen Pflege-Manager.

532 Dieses Versprechen werden wir umsetzen, indem wir unsere Pflegestützpunkte aufwerten. Sie
533 bekommen mehr Personal und mehr Kompetenzen. Die Menschen, die dort arbeiten, werden zu
534 Persönlichen Pflege-Managern. Wenn ein Pflegefall eintritt, kommen sie und besprechen was zu tun
535 ist. Sie sind Pflege-Experten und kennen die Verhältnisse vor Ort, die Ansprechpartner und die
536 richtigen Wege. Menschen, die Pflege brauchen, können ihnen Kompetenzen übertragen, alles
537 Notwendige zügig zu regeln. Dies werden wir ab 2016 schrittweise umsetzen.

538 Menschen mit Demenzerkrankungen und ihre Angehörigen brauchen besondere Aufmerksamkeit
539 und Unterstützung. Wir werden deshalb die Empfehlungen des Expertenforums Demenz bei uns im
540 Land umsetzen. Dazu wollen wir unter anderem Anreize schaffen, dass die unterschiedlichen

541 Leistungsanbieter besser kooperieren können und die Qualität ihre Arbeit noch weiter verbessert
542 werden kann.

543 Damit die Menschen erst zu einem möglichst späten Zeitpunkt pflegebedürftig sind, werden wir die
544 präventive Arbeit stärken. Mit der GemeindeschwesterPlus haben wir ein neues Angebot für
545 hochbetagte Menschen geschaffen, die noch keine Pflege brauchen, sondern Unterstützung und
546 Beratung. Die GemeindeschwesterPlus kümmert sich um die Menschen zuhause und berät sie.
547 Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

548

549 **13. Gute Löhne für Fachkräfte in sozialen Berufen**

550 Gute Pflege und gute medizinische Versorgung brauchen qualifizierte Fachkräfte. Unsere
551 Pflegekräfte, die Krankenschwestern, Physiotherapeuten und alle anderen Beschäftigten in den
552 Gesundheitsberufen leisten einen Knochenjob. Dafür brauchen sie nicht nur unsere Anerkennung,
553 sondern sie haben einen Anspruch auf gute und gerecht bezahlte Arbeit. Nur wenn wir ausreichend
554 Fachkräfte in diesen Berufen haben, werden wir in Zukunft flächendeckend gute
555 Versorgungsangebote sichern können. Dafür werden wir sorgen.

556 Wir haben als erstes Bundesland eine Pflegekammer eingeführt. Damit haben wir eine
557 institutionalisierte Interessensvertretung für alle Pflegekräfte im Land geschaffen und sie damit
558 deutlich gestärkt.

559 Im Rahmen des Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“, der Fachkräftestrategie und der
560 Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege haben wir wichtige Weichen gestellt. Diesen Weg
561 werden wir fortführen. Wir werden uns weiter für eine fachlich breite Ausbildung in der Pflege
562 einsetzen. Um die Attraktivität des Pflegeberufs weiter zu erhöhen, machen wir uns für eine
563 zusätzliche duale Pflegeausbildung stark.

564 Wir wissen, dass wir auch Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU brauchen, um den künftigen
565 Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken. Diese Menschen wollen wir gut integrieren und
566 weiterqualifizieren, beispielweise durch Sprachkurse und Nachschulungsprogramme.

567 Im Interesse der Fachkräftesicherung wollen wir weiter am schrittweisen Aufbau der Anzahl
568 schulgeldfreier Physiotherapeutenschulen gemäß dem Ausbildungsstättenplan arbeiten.

569

570 **14. Mehr Aufmerksamkeit für Wohnen im Alter**

571 Die Menschen bleiben heutzutage auch im Alter länger vital und fit. Sie arbeiten, engagieren sich und
572 sind ein lebendiger Teil unserer Gesellschaft. Das ist ein großes Glück. Wir möchten, dass sie

573 möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben können und nicht allein sind.
574 Schließlich wird die Zahl der Großfamilien geringer und oftmals arbeiten und leben die Kinder weit
575 entfernt.

576 Wir setzen hier auch auf neue Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte und Pflege-
577 Wohngruppen sowie auf die Förderung eines generationengerechten Wohnens. Gerade dort, wo
578 Menschen nicht mehr alleine in ihrer eigenen Wohnung leben können oder wollen, können
579 Wohngemeinschaften eine Alternative sein. Mit dem Programm WohnPunkt unterstützt die
580 Landesregierung bereits heute den Ausbau ambulanter Wohngemeinschaften und die Bildung von
581 Wohngenossenschaften, insbesondere in kleinen Ortschaften. Dies wollen wir stärken. Außerdem
582 wollen wir die bestehenden Beratungsangebote zum barrierefreien Wohnen und zum PflegeWohnen
583 noch stärker aufeinander abstimmen.

584 Um die Nachbarschaften zu fördern, brauchen wir aktive Kommunen. Deshalb wollen wir unsere
585 Kommunen durch die Fortführung der Servicestelle „Kommunale Pflegestrukturplanung und
586 Sozialraumentwicklung“ unterstützen, zeitgemäße Pflegestrukturen vor Ort zu schaffen und zu
587 entwickeln.

588

589 **15. Gut und bezahlbar Wohnen in Rheinland-Pfalz**

590 Der demografische Wandel beeinflusst die zukünftige Wohnsituation sowohl in städtischen als auch
591 in den ländlichen Regionen. Vor allem muss es in den Städten auch mit geringeren Einkommen
592 möglich sein, zur Miete zu wohnen. Deswegen setzen wir uns für bezahlbare Mieten in den
593 Ballungszentren ein. In Rheinland-Pfalz gelten die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze. In den
594 eher ländlichen Gebieten sorgen wir dafür, dass Wohnen dort weiterhin attraktiv bleibt. Wenn die
595 Bevölkerungsstruktur sich ändert, müssen wir dazu passende Wohnformen überall in Rheinland-Pfalz
596 anbieten. Zum anderen müssen wir aber auch - unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit –
597 überall ausreichend bezahlbare Wohnangebote gerade für Familien bereit stellen. Auf dem Land
598 muss es dazu genauso wie in den Städten eine familiengerechte Infrastruktur geben. Aber auch
599 moderne gemeinsame Wohnformen können dazu beitragen, dass Wohnen in den ländlichen
600 Regionen interessant bleibt. Mit dem Programm „Mehr Mitte bitte“ stärken wir die Ortskerne.

601 Wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Mit der Förderung von 4.200 neuen
602 Wohnungen in unserem Land bereits 2016 setzen wir einen klaren Akzent. Diese Politik werden wir
603 ausbauen und verstetigen. Unsere Programme leisten einen flexiblen Beitrag, in dem sie den
604 jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Zugleich muss beim Wohnungsneubau angesichts einer

605 älter werdenden Gesellschaft verstärkt auf barrierefreie Wohnungsangebote gesetzt werden. Auch
606 im privaten Wohnungsbau muss Barrierefreiheit eine sehr viel stärkere Rolle spielen.

607

608 **16. Rheinland-Pfalz ist Einwanderungsland**

609 Wir wollen die Chancen der Zuwanderung für Rheinland-Pfalz nutzen. Es sind wirtschaftliche
610 Chancen, denn wir brauchen auch Fachkräfte von außen. Es sind soziale Chancen, denn in vielen
611 Bereichen - insbesondere den Pflegeberufen - können Menschen aus anderen Ländern mithelfen
612 unser Land zu gestalten. Es können sich aus der Öffnung für das Zusammenleben mit Menschen aus
613 anderen Regionen aber auch kulturelle und innovative Impulse entwickeln, die unsere insgesamt
614 Gesellschaft zukunftsfähiger machen.

615 Nicht alle, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, haben ein Bleiberecht - und sie müssen uns
616 schnell wieder verlassen. Wir setzen dabei möglichst auf freiwillige Rückkehr in die Herkunftsländer.
617 Viele werden uns auch später wieder verlassen, wenn der Grund ihrer Flucht weggefallen ist. Viele
618 werden aber auch dauerhaft bleiben. Wir wollen auch für sie Rheinland-Pfalz aktiv als ein attraktives
619 Einwanderungsland gestalten.

620 Auf Landesebene haben wir durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums die administrativen
621 Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Aufenthalts- und Einbürgerungsfragen sowie soziale
622 Integration aus einer Hand gesteuert werden. Aber Zuwanderung erfordert Regeln, insbesondere bei
623 qualifizierten Fachkräften außerhalb der Notaufnahme als Flüchtlinge. Wir haben daher eine
624 Bundesratsinitiative für ein modernes Einwanderungsrecht gestartet. Und wir wollen die
625 Einbürgerung in Deutschland erleichtern, denn viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst
626 integriert, und sie sollten dann auch in rechtlichem Sinne Deutsche werden. Die
627 Einbürgerungskampagne des Landes wollen wir fortsetzen.

628 Durch die mit den Industrie- und Handelskammern konzipierten und von diesen betriebenen
629 Welcome-Centern ist ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung für qualifizierte
630 Einwanderinnen und Einwanderer erreicht. Wir wollen die Kommunen in ihren Anstrengungen
631 unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik im Sinne einer kommunalen
632 Willkommenskultur fortzuentwickeln.

633 Um eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, beginnt das Land schon in den
634 Erstaufnahmeeinrichtungen die schulischen und beruflichen Kompetenzen zu erfassen und die
635 notwendigen Schritte in die Wege zu leiten. Der von der Landesregierung initiierte
636 Beschäftigungspilot wird Flüchtlinge auch nach der Zuteilung auf die Kommunen auf dem Weg in
637 Ausbildung und Beruf begleiten.

638 Zur interkulturellen Öffnung gehört es auch, dass der Anteil der Menschen mit
639 Migrationshintergrund in den öffentlichen Verwaltungen, in Schulen und bei der Polizei deutlich
640 erhöht wird. Um die politische Integration zu stärken, werden wir weiter für ein kommunales
641 Wahlrecht für alle eintreten, also auch für Nicht-EU-Bürger.

642 Den Herkunftssprachenunterricht führen wir fort. Herkunftssprachen wichtiger Migranten-
643 Communities werden wir verstärkt als Fremdsprache in den Schulen anbieten.

644 Vorhandene Modellangebote zum islamischen Religionsunterricht werden wir in Abstimmung mit
645 den anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften stufenweise in einen regulären islamischen
646 Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften
647 überführen. Den Dialog mit den muslimischen Verbänden werden wir fortsetzen.

648

649 **17. Humane Flüchtlings- und Asylpolitik**

650 Wir richten unsere Flüchtlings- und Asylpolitik an humanitären Gesichtspunkten aus. Für die Lösung
651 der humanitären Fragen der Flüchtlingspolitik brauchen wir eine gesamteuropäische Konzeption.
652 Dazu gehört auch ein System der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb möglichst aller europäischen
653 Länder. Die vielfältigen außen-, wirtschafts-, handels- und umweltpolitischen Fluchtursachen müssen
654 international bekämpft werden. Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben,
655 dass sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen. Wir setzen dabei vorrangig
656 auf freiwillige Rückkehr.

657 In Rheinland-Pfalz schaffen wir im Schulterschluss mit den Kommunen und mit den zahlreichen
658 ehrenamtlichen Initiativen eine Atmosphäre des Willkommenseins und der Unterstützung von
659 Flüchtlingen. Wir unterstützen die Kommunen - von der Wohnraumbeschaffung bis hin zur
660 Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kitas und Schulen. Mit der landesweiten
661 Koordinierungsstelle und zusätzlichen finanziellen Mitteln haben wir die vielfältigen ehrenamtlichen
662 Initiativen gestärkt. Mit der Abschaffung der Residenzpflicht, dem starken Ausbau der Kapazitäten
663 der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, dem Aufbau von Sprachkursangeboten, der Ausweitung
664 der Beratungsangebote und dem Aufbau einer psychosozialen Beratung sind im Flüchtlingsbereich
665 sehr wichtige Maßnahmen ergriffen worden.

666 Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Integration gelingt. Deshalb werden wir alle Hilfsmaßnahmen
667 kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Wir werden Projekte vorantreiben, die den Zugang
668 von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt verbessern. Das verabschiedete Integrationskonzept der
669 Landesregierung wollen wir umsetzen und weiterentwickeln. Mit der Erfassung der Qualifikationen
670 von Asylsuchenden in den Erstaufnahmeeinrichtungen und anschließenden Nachqualifikationen und

671 Sprachangeboten ist hier ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wir setzen uns für ein verbessertes
672 Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ein, die hier eine Ausbildung beginnen.

673

674 **18. Wirtschaftlichen Erfolg gemeinsam sichern**

675 Der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist ein grundlegendes Ziel der SPD in
676 Rheinland-Pfalz. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen und einen klaren Anspruch: Soziale
677 Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft verbinden - gemeinsam mit den Sozialpartnern von
678 Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Wirtschaft braucht dabei Regeln, aber keine
679 überflüssigen. So sichern wir gute Arbeit und gute Bedingungen für die Unternehmen. Wir nehmen
680 den Bürokratieabbau ernst. Welcome Center, Fachkräftestrategie, schnelle Genehmigungen, die
681 Aufwertung der Innenstadtlagen, unsere Bemühungen für die Breitband- und Verkehrsinfrastruktur:
682 Das alles sind Impulse für den Mittelstand.

683 Unser Ziel ist es, unnötige bürokratische Belastungen zu vermeiden, speziell für kleine und mittlere
684 Betriebe. Mit dem neuen Mittelstandsförderungsgesetz haben wir dafür bereits die Grundlage
685 gelegt. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und stellen noch mehr auf elektronische
686 Verfahren um.

687

688 **19. Innovationen für eine starke Wirtschaft**

689 Wir wollen die Chancen durch neue technologische Entwicklungen und neu entstehende und sich
690 verändernde Märkte nutzen. Innovationen von heute sind die ökonomischen Chancen von morgen.
691 Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz führender Innovationsstandort bleibt und für die junge,
692 internetaffine Gründerszene noch attraktiver wird („Start-up-Land“). Bei Neugründungen liegt unser
693 Land unter den Flächenländern auf Platz eins. Mit einer Dachmarke „Gründerland Rheinland-Pfalz“
694 schaffen wir eine Werbemarke für alle gründungsrelevanten Initiativen. Technologiegründer und
695 junge innovative Unternehmen begleiten wir durch die Einrichtung von „Start-up-Lotsen“. Dabei gilt
696 immer: Starke Industrie und junge, kreative Unternehmen sind kein Gegensatz. Sie stärken sich
697 gegenseitig. Wir setzen deshalb auf die Zusammenarbeit zwischen unseren etablierten Unternehmen
698 und den jungen Start-ups.

699 Bei unserer Wirtschaftsstruktur ist klar: Die Innovationsförderung ist auf die Situation von kleineren
700 und mittleren Unternehmen zugeschnitten. Dazu gehört auch, Mittelstand und Handwerk bei ihren
701 Betriebsübergaben zu unterstützen. Wir verstärken den Wissenstransfer. In einem Netzwerk mit den
702 Wirtschaftsverbänden und den wissenschaftlichen Einrichtungen werden wir die vorhandenen
703 Technologiezentren des Landes schwerpunktbezogen ausbauen. Zudem etablieren wir ein zentrales

704 Innovationsportal als zentrale Anlaufstelle im Internet. Mit einem Aufbau eines landesweiten
705 Kompetenzzentrums „Smart Services“ für produktionsnahe Dienstleistungen zur Digitalisierung und
706 eines landesweiten Netzwerkes „Handel Digital“ schaffen wir Angebote für mittelständische
707 Handelsunternehmen und Einzelhändler für die Herausforderung der digitalen Wirtschaft. Wir
708 schaffen ein Netzwerk Maschinenbau und Produktionstechnik und stärken somit diesen wichtigen
709 Bereich unserer Wirtschaft mit dem Ziel, den Leitmarkt des Maschinen- und Anlagenbaus in
710 Rheinland-Pfalz auszubauen. Mit regionalen Wagniskapitalfonds binden wir verstärkt privates Kapital
711 mit ein. Neue Formen der Unternehmensfinanzierung werden an Bedeutung gewinnen (zum Beispiel
712 Crowdfunding). Rheinland-Pfalz muss sein Beratungsangebot hier ergänzen. Die Etablierung eines
713 Kompetenzzentrums bei der ISB werden wir prüfen.

714

715 **20. Drei Säulen unserer Wirtschaft: Industrie, Mittelstand, Handwerk**

716 Die Industrie ist und bleibt zentraler Impulsgeber für den wirtschaftlichen Erfolg von Rheinland-Pfalz.
717 Wir stehen für eine aktive Industriepolitik. Wir werden den Industriedialog fortsetzen und die
718 Umsetzung der gemeinsam mit den Verbänden und Gewerkschaften entwickelten
719 Maßnahmenpakete mit Nachdruck betreiben. Gemeinsam mit der Wirtschaft starten wir einen
720 Dialog zur Digitalisierung und Industrie 4.0. Mit landesweiten Digitalisierungslotsen für kleine und
721 mittlere Unternehmen (KMU) helfen wir bei der Ausrichtung auf die digitalen Herausforderungen.
722 Mit uns wird die IT-Sicherheitskampagne für kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz
723 fortgeführt.

724 Die Chemie- und Pharmaindustrie vernetzen wir durch einen Fachdialog. Wir entwickeln ein
725 Logistiknetzwerk. Die Logistik ist nicht nur ein Beschäftigungsfaktor, sondern auch ein wichtiger
726 Standortfaktor.

727 Wir stellen unsere Mittelstands- und Handwerksförderung in der nächsten Legislaturperiode neu auf:
728 Digitalisierung, Demografie, Energiewende und Globalisierung - auf diese gesellschaftlichen Trends
729 braucht es immer wieder neue Antworten, gerade im Mittelstand. Unser Land ist wie kaum ein
730 anderes durch erfolgreiche Mittelständler und Handwerksbetriebe geprägt - sie sind Rückgrat
731 unseres wirtschaftlichen Erfolgs, für gute Arbeit und Wohlstand mit Zukunft. Gemeinsam mit der
732 Wirtschaft entwickeln wir das Programm „Mittelstandsförderung 2020“. Wir setzen uns im Handwerk
733 dafür ein, dass der Bau und die Ausstattung überbetrieblicher Lehrlingswerkstätten auch künftig den
734 Erfordernissen entsprechen. Darüber hinaus wollen wir die Existenzgründungen im Bereich des
735 Handwerks - insbesondere von Frauen - weiter unterstützen und Innovationen im Handwerk gezielt
736 fördern.

737 Mit dem Schwerpunkt „Das Handwerk ist weiblich“ wollen wir vermehrt Frauen ansprechen. Damit
738 unterstützen wir die Handwerkskammern, junge Frauen gerade für technische und technikleibliche
739 Berufe im Handwerk zu begeistern. Es gilt, das Interesse für die mathematisch-
740 naturwissenschaftlichen Fächer früher zu wecken. Schon im Bereich der Kindertagesstätten und der
741 Grundschulen kann hier mehr getan werden, auch um geschlechtsspezifische Muster späterer
742 Berufswahl- oder Studienentscheidungen zu korrigieren.

743

744 **21. Duale Ausbildung ist unser Standortvorteil**

745 Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufsorientierung in allgemeinbildenden Schulen.
746 Die duale Ausbildung und der Meisterbrief gehören zusammen, sie bleiben unsere Erfolgsmodelle.
747 Gemeinsam mit allen Partnern in der beruflichen Bildung setzen wir mit dem Projekt „Kompetent in
748 eigener Sache“ verbindliche Standards der Beratung und Information. Mit dem Modellprojekt „BS20 -
749 Berufsschule 2020“ erproben wir innovative Modelle zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden
750 Schulen und sichern die duale Ausbildung in der Fläche.

751 Gemeinsam mit allen Partnern legen wir ein Stärkungsprogramm für die Berufsbildung auf. Wir
752 werden die Zahl der in Rheinland-Pfalz angebotenen dualen Studiengänge erhöhen. Insbesondere in
753 den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Maschinenbau und Elektrotechnik wird das Angebot bis
754 2021 kontinuierlich erweitert.

755

756 **22. Fachkräfte sichern - Mehr Lehrstellen anbieten**

757 Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer größer
758 werdende Bedeutung zu. Malu Dreyer hat mit den Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und
759 Politik die Fachkräftestrategie des Landes mit mehr als 200 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht.

760 Unsere Unternehmen sind auf erstklassig ausgebildete Mitarbeiter angewiesen, um im
761 internationalen Wettbewerb zu bestehen. Neben der dualen Erstausbildung spielt für uns das
762 „lebenslange Lernen“ durch ständige Fort- und Weiterbildung, die von uns verstärkt gefördert wird,
763 eine wichtige Rolle.

764 Gerade angesichts der Zuwanderung vieler jüngerer Menschen ergibt sich jetzt die Chance, die
765 Fachkräfteausbildung in unseren rheinland-pfälzischen Betrieben deutlich auszubauen. Die
766 Wirtschaft betont zu Recht, dass sich hier neue Perspektiven ergeben. Wir gehen aber auch den
767 erfolgreichen Weg des Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin weiter: Es geht darum, gemeinsam
768 verstärkt für alle Jugendlichen Lehrstellen anzubieten. Bei Bewerberinnen und Bewerbern mit

769 Migrationsgeschichte ist auch zu prüfen, welche zusätzlichen Integrationshilfen es geben kann, zum
770 Beispiel durch ausbildungsbegleitende Hilfestellungen zum Vermeiden von Ausbildungsabbrüchen.

771

772 **23. Die Energiewende vollenden**

773 Mit der Vollendung der Energiewende bis 2050 gestalten wir den sozial-ökologischen Wandel. Diese
774 dringend nötige Energiewende muss für die Wirtschaftsunternehmen sowie für die privaten
775 Haushalte und Kommunen finanzierbar bleiben. Bis zum Jahr 2030 wird der Strombedarf des Landes
776 bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Für uns ist klar: Die Energiewende
777 gelingt mit dem Dreiklang „Energieeinsparung - Energieeffizienz - Erneuerbare Energien“.

778 Wir stärken die Dezentralisierung der Energieversorgung und dabei insbesondere die
779 Hocheffizienztechnologie Nummer eins: Kraft-Wärme-Kopplung als Bindeglied von Strom- und
780 Wärmeerzeugung. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Batterien, Power to Gas, Power to
781 Heat, Pumpspeicher etc.).

782 Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude sollen die öffentlichen Eigentümer durch den Einbau
783 moderner Eigenversorgungsanlagen mit gutem Beispiel vorangehen. Für den privaten Bereich
784 werden wir entsprechende Beratungsangebote gemeinsam mit der Verbraucherzentrale, der
785 Energieagentur, Hochschulen und allen weiteren Akteuren auflegen.

786 Bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung muss die Windkraft eine zentrale Rolle spielen.
787 Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie nur in Vereinbarkeit mit dem Landschafts- und
788 Naturschutz sowie dem Schutz der Kulturlandschaft erfolgen kann. Hinsichtlich der Photovoltaik
789 wollen wir eine verstärkte dezentrale Nutzung auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Dächern
790 in Verbindung mit Stromspeichern erreichen und deshalb bei der nächsten EEG-Novelle verbesserte
791 Bedingungen für die Eigenstromnutzung durchsetzen.

792 Wir unterstützen neben der verstärkten Nutzung der Solarthermie die Bioenergienutzung in
793 Verbindung mit Nahwärmenetzen zur Versorgung von Gemeinden, Wohnquartieren und öffentlichen
794 Gebäuden. Wir unterstützen das bundespolitische Ziel eines 25-Prozent-Anteils der effizienten Kraft-
795 Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung, gerade mit Blick auf ihre Ausgleichsfunktion angesichts
796 der in der Leistung fluktuierenden erneuerbaren Energien. Wir werden uns für eine Verbesserung der
797 Rahmenbedingungen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz einsetzen.

798 Im Sinne des Klimaschutzes brauchen wir neben einer umweltfreundlicheren Stromerzeugung vor
799 allem mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Heiz- und
800 Warmwasserversorgung. Wir wollen unser breit angelegtes, umsetzungsorientiertes
801 Beratungsprogramm zur Realisierung von Energieeinsparungen in allen Verbrauchssektoren

802 ausbauen, bei dem die Energieagentur, die Verbraucherzentrale und das Handwerk einbezogen
803 werden. Wir werden eine Effizienzoffensive in Zusammenarbeit mit Hochschulexperten und der
804 Energieagentur Rheinland-Pfalz starten. Wir werden uns für ein leistungsfähiges
805 Effizienzförderprogramm des Bundes stark machen und die Vorbildfunktion des öffentlichen Bereichs
806 für Energieeffizienz konsequent wahrnehmen.

807 Im Flächenland Rheinland-Pfalz sind energieautarke kommunale Lösungen, gerade vor dem
808 Hintergrund des demografischen Wandels und der Versorgungsaufgabe im ländlichen Raum für das
809 Gelingen der Energiewende besonders interessant und notwendig. Wo Bürgerinnen und Bürger in
810 ihrer Kommune diesen Weg gehen wollen, werden wir sie im Rahmen der landespolitischen
811 Kompetenzen unterstützen.

812 Wir werden ein Programm „Energieautarke Gemeinden“ auflegen. Mit Kreisverwaltungen,
813 Genehmigungsbehörden, dem Landesbetrieb Mobilität und der Energiewirtschaft werden wir eine
814 Informationsplattform entwickeln, um Gemeinden entsprechend zu unterstützen und frühzeitig
815 Hilfestellung zu leisten.

816

817 **24. Wir stehen für Mobilität - Rheinland-Pfalz setzt auf klugen Verkehrs-Mix**

818 Mobilität als Ausdruck individueller Freiheit sowie der schnelle Transport von Waren und Gütern:
819 beides ist Grundlage eines modernen Gemeinwesens. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur
820 gehören deshalb zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort.

821 Wir haben bereits ein dichtes Straßennetz und viele erstklassige Bahnverbindungen. Dennoch stellt
822 sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der Schuldenbremse in Land und Bund
823 die Frage, wie zukunftsfähige Verkehrs- und Mobilitätskonzepten vor allem in ländlichen Regionen in
824 Zukunft finanziert werden können.

825 Mobilität der Zukunft, das ist vor allem die kluge Verbindung von Individual- und öffentlichem
826 Personenverkehr. Konkret: Wir setzen auf die effektive Verbindung von Fahrrad, Auto, Bus,
827 Straßenbahn, LKW und Zug. Asphalt und Schiene sind kein Gegensatz: Nur mit einem klugen Mix und
828 unter Einsatz neuer technischer Möglichkeiten wird es gelingen, sichere, schnelle und
829 umweltverträgliche Mobilitätsangebote in ganz Rheinland-Pfalz zu garantieren.

830 Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode neue Wege gehen. Durch moderne Konzepte
831 werden wir den ÖPNV in der Fläche stärken. Die verschiedenen ÖPNV-Angebote müssen besser
832 aufeinander abgestimmt und barrierefrei werden. Besonders im ländlichen Raum müssen darüber
833 hinaus die Linienverkehrsangebote verstärkt durch flexible Angebotsformen wie zum Beispiel
834 Rufbusse, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis und Veranstaltungstaxis ergänzt oder auch ersetzt

835 werden. Unsere Förderpolitik wird hier ansetzen. Zudem müssen vernetzte Informationsangebote
836 verschiedener Verkehrsträger verbessert werden. Daher wollen wir eine Rheinland-Pfalz-
837 Mobilitätsplattform gründen, die über alle öffentlichen, individuellen und innovativen, so genannten
838 „shared“ Mobilitätsangebote, informiert.

839 Auch autonomes Fahren kann eine Möglichkeit zur effektiven Koordination auch kleinteilig
840 kundenorientierter Verkehrsangebote sein.

841 Wir halten unsere Klimaziele ein. Daher bauen wir auch die Elektromobilität in Rheinland-Pfalz weiter
842 aus.

843

844 **25. Verkehrsinfrastruktur mit den richtigen Prioritäten**

845 Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest. Angesichts enger
846 finanzieller Spielräume und des dichtesten Straßennetzes im Vergleich der Bundesländer ist dies die
847 richtige Priorität. Eingeschlossen ist darin die Instandsetzung zahlreicher Brücken im gesamten
848 Straßennetz. Die PKW-Maut lehnen wir weiter ab. Sie ist kein geeigneter Beitrag zur
849 Infrastrukturfinanzierung und in der vorgelegten Form auch europarechtswidrig. Für die
850 Grenzregionen bestehen wir auf einer mautfreien Lösung für den kleinen Grenzverkehr.

851 Für die SPD ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Infrastruktur. Der Ansatz im
852 Landeshaushalt wird daher auf hohem Niveau verstetigt. Wir beginnen damit im Landeshaushalt
853 2016. In der kommenden Legislaturperiode werden wir mit Unternehmen, Verbänden, Kommunen
854 und Gewerkschaften Verabredungen über einen Mobilitätskonsens 2021 treffen und so gemeinsam
855 über die Verkehrsinvestitionen der Zukunft beraten und entscheiden. In regionalen Mobilitätsforen
856 entwickeln wir gemeinsam Antworten auf die regionalen Verkehrsherausforderungen.

857 Wir wollen den vierspurigen Ausbau der B10 von Pirmasens bis Landau, die zweite Rheinbrücke bei
858 Wörth, den mehrstreifigen Ausbau der B 8 / B 414 zwischen hessischer und nordrhein-westfälischer
859 Landesgrenze, den Ausbau des Mainzer Rings (A 643), den Lückenschluss der A 8 zwischen Merzig-
860 Wellingen und Merzig-Schwemlingen, den A1-Lückenschluss sowie den Bau der Mittelrheinbrücke.

861 Gegenüber dem Bund werden wir weiter auf einen zügigeren Ausbau der Mosel-Schleusen drängen,
862 der nicht nur für die Region Trier von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die „Wasserstraße
863 Rhein“ zwischen Bingen und Koblenz muss für den Binnenverkehr entlastet werden. Die zahlreichen
864 Unfälle der vergangenen Jahre zeigen, dass hier der Bund dringend handeln muss. Eine Vertiefung
865 der Rhein-Fahrrinne könnte eine erhebliche Verbesserung für den Güterverkehr im Mittelrheintal mit
866 sich bringen.

867 Beim Güterstraßenverkehr setzen wir uns für eine konsequente Schwerverkehrsabgabe für alle
868 Straßen und die Möglichkeit von einem Nachtfahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen in ausgewählten
869 Kommunen ein. Wir werden zudem Modellvorhaben zum Kombiverkehr prüfen und ggf. mit dem
870 Bund gemeinsam entwickeln. Trimodale Terminals werden ausgebaut.

871 Der Rheinland-Pfalz-Takt 2015 wird dauerhaft gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut werden.
872 Hierfür werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes einsetzen. Es war überfällig, dass sich der
873 Bund hier seiner finanziellen Verantwortung stellt.

874 Die Deutsche Bahn AG muss ihre Infrastruktur in Rheinland-Pfalz auf dem Stand der Technik
875 betreiben, also modernisieren. Das gilt insbesondere für Bahnhöfe und Haltepunkte. Sie wird zudem
876 ihrem Auftrag nicht gerecht, wenn nicht alle rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr
877 angebunden werden. Weiterhin treten wir für die S-Bahn-Verbindung Zweibrücken - Homburg (Saar)
878 ein. Wichtig ist auch der Ausbau der Weststrecke Trier für den Personennahverkehr, der zeitnah
879 umgesetzt werden soll. Wir unterstützen die vorgesehene und längst überfällige Modernisierung der
880 Schieneninfrastruktur, die Bund und Deutsche Bahn in Rheinland-Pfalz vornehmen müssen. Bei der
881 Optimierung des Güterverkehrs sind trimodale Terminals (Schiene/Straße/Wasser) der richtige Weg.

882 Der Fahrradverkehr kann einen noch immer unterschätzten Beitrag zur nachhaltigen Mobilität und
883 zur Entlastung der anderen Verkehre leisten, besonders innerorts. Die Fahrradinfrastruktur muss
884 ausgebaut werden: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, aber auch mit der Verbesserung der
885 Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an
886 öffentlichen Gebäuden und sichere und komfortable Stellmöglichkeiten.

887

888 **26. Lärmschutz ist Lebensqualität**

889 Lärmschutz ist ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik. Mobilität muss im Einklang mit der
890 Umwelt und den Interessen der Menschen auf Sicherheit, Ruhe und Naherholung stehen. Daher
891 setzten wir uns für klare Regelungen und mehr kommunalen Spielraum bei Tempo-30-Zonen ein.

892 Beim Schienenverkehr ist die nachhaltige und substantielle Entlastung der Bevölkerung des
893 Mittelrheintals und der Mosel vom Bahnlärm unser zentrales Ziel. Eine Vertagung wirksamer
894 Maßnahmen, wie jüngst von der EU-Kommission bei der Frage der Flüsterbremsen verlangt, ist
895 untragbar. Hier muss unbedingt ein Fahrverbot für laute Güterzüge greifen, wenn die Umrüstung der
896 Güterwaggons nicht bis 2020 erfolgt ist.

897 Die Planung einer Alternativstrecke zur Mittelrheintrasse muss zügig vorangetrieben werden. Das
898 Mittelrheintal kann nicht länger warten. Es braucht Perspektiven, die seine Entwicklung antreiben

899 können und den Elan seiner Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen. Eine Bewerbung des Tals
900 für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031 unterstützen wir deshalb mit Nachdruck.

901 Zu unserem heutigen Verständnis von Mobilität gehören Flugreisen ebenso wie Fahrten mit der
902 Bahn, dem Auto, anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad. Flughäfen sind also
903 notwendig, auch wenn sie für die unmittelbaren Anwohner oft starke Lärmbelastungen mit sich
904 bringen. Es kommt deshalb darauf an, einen vernünftigen Kompromiss zwischen den
905 unterschiedlichen Interessen herzustellen, um Mobilität möglich zu machen, aber auch die
906 Lebensqualität im Alltag zu erhalten.

907 Das Land Rheinland-Pfalz wird gegenüber dem Betreiber des Flughafens Frankfurt, gegenüber der
908 Hessischen Landesregierung und gegenüber der Bundesregierung auf eine weitere Lärminderung
909 drängen. Dabei spielen angepasste Flugrouten, moderne Anflugverfahren sowie leise Flugzeuge eine
910 Rolle. Die Sicherstellung und strikte Einhaltung des Nachflugverbotes ist ein unverzichtbarer
911 Bestandteil zur Lärminderung. Die Nutzung des Flughafens Hahn für den zivilen Flugverkehr war
912 struktur- und verkehrspolitisch richtig. Vom Flughafen Hahn hängen mehrere tausend Arbeitsplätze
913 direkt oder indirekt ab. Er soll in Zukunft in privater Trägerschaft nachhaltig fortgeführt werden. Wir
914 setzen darauf, dass die Fluggesellschaften ihn weiter nutzen und ihre Verbindungen ausbauen.

915

916 **27. Gute Arbeit stärken - Öffentliche Hand ist Vorbild**

917 Unsere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik schafft die Rahmenbedingungen für sichere und
918 zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir setzen uns - nicht zuletzt mit unserem Tariftreuegesetz - seit vielen
919 Jahren für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Der Mindestlohn wirkt und wir sagen klar:
920 Mit uns gibt es keine Ausnahmen. Wir wollen dauerhaft Vollbeschäftigung, Gerechtigkeit am
921 Arbeitsmarkt, gute Bezahlung und eine gerechte Einkommensverteilung. Dazu gehört die
922 vollständige Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

923 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sind zentrale Partner für unsere Politik. Der Ovale Tisch
924 der Ministerpräsidentin zeigt, wie erfolgreich unsere dialogorientierte Arbeitsmarkt- und
925 Beschäftigungspolitik ist.

926 Wir starten zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein Programm „Guter
927 Arbeitgeber Land“. Weiter verbesserte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die
928 gesamten Berufsphasen hinweg sind unser Ziel. Damit sind wir Vorbild einer neuen Arbeitszeitpolitik,
929 die wir auch außerhalb des Staates stärken wollen. Mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement
930 haben wir bereits entscheidende Impulse gesetzt. Das Land wird befristete Arbeitsverhältnisse
931 minimieren. Ein Aktionsplan Weiterbildung stärkt die Qualität des öffentlichen Dienstes.

932 Wir werden in einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmen treten, wie mehr
933 Lohntransparenz hergestellt und Lohnungleichheit von Frauen und Männern abgebaut werden soll.
934 Wir werden Unternehmen unterstützen, die dabei vorangehen wollen, etwa durch Einführung eines
935 Lohnaudits mit dem Instrument eg-Check oder anderen modellhaften Vorhaben. Gleiches Geld für
936 gleiche Arbeit ist auch mit Blick auf die Fachkräftesicherung ein wichtiges Element der
937 Standortentwicklung.

938

939 **28. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt - Arbeitsmarktpolitik stärken**

940 Gerechtigkeit ist unser politischer Kompass. Wir messen die Politik in den unterschiedlichen Ressorts
941 immer zuerst daran, inwieweit sie zu mehr Gerechtigkeit beiträgt

942 Unserem Land geht es gut, aber deshalb geht es noch lange nicht allen in unserem Land gut. Die
943 Einkommen und erst recht die Vermögen sind ungleich verteilt. Es gibt Menschen, die aus
944 verschiedensten Gründen seit langem keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr gefunden haben. Es
945 gibt ein zunehmendes Risiko für Altersarmut und es gibt auch viele Kinder, die materiell benachteiligt
946 aufwachsen. Für die SPD bleibt soziale Gerechtigkeit das wichtigste Ziel gerade auf dem
947 Arbeitsmarkt.

948 Menschen mit Vermittlungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt brauchen unsere besondere
949 Unterstützung. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Chancen bekommen. Dies gilt unabhängig, ob
950 die Ursachen der schwierigen Perspektive in fehlenden schulischen oder beruflichen Abschlüssen
951 oder sonstigen Hindernissen liegen. Zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt es
952 auch hier keinen Unterschied. Ebenso gilt es, die Inklusion von Menschen mit Handicaps am
953 Arbeitsmarkt zu verwirklichen.

954 Wir werden uns für mehr Arbeitsplätze für Menschen einsetzen, die heute nicht in dem Maße am
955 Erwerbsleben beteiligt sind, wie sie sich das wünschen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnen
956 wir dabei ab. Mit unseren Arbeitsmarktmitteln wollen wir Langzeitarbeitslosen eine Perspektive
957 geben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dafür muss die aktive Arbeitsmarktpolitik
958 insbesondere auf Bundesebene intensiviert werden. Wir wollen für die Menschen, die im so
959 genannten Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung festhängen, passgenaue Angebote
960 entwickeln. Wir wollen für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie.

961 Mit jährlich deutlich über 300 arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten bekämpft die
962 Landesregierung die Arbeitslosigkeit und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen und
963 Arbeitnehmern. Mit speziellen Förderansätzen, die aus Landes- und Fördermitteln des Europäischen
964 Sozialfonds unterstützt werden, wird auf die besonderen Probleme der Zielgruppen eingegangen.

965 Dazu zählen Maßnahmen der Förderung des Zugangs zu lebenslangem Lernen und Steigerung der
966 Fähigkeiten der Arbeitskräfte. Besonders hervorzuheben ist die Förderung der beruflichen
967 Weiterqualifizierung von Beschäftigten durch den QualiScheck sowie Projekte zur Unterstützung
968 beim Übergang von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Den
969 Übergangsbereich von Schule und Ausbildung wollen wir besser verknüpfen. Unser Ziel ist „Hilfen aus
970 einer Hand“ für mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz.

971 Durch Bundesratsinitiativen, wie beispielsweise zur Verhinderung der Umgehung von
972 Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge und für faire und sichere Arbeitsbedingungen bei
973 der Arbeitnehmerüberlassung, setzen wir uns für Arbeitnehmerschutzrechte und die Eindämmung
974 prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein. Wir wollen diesen Einsatz in der kommenden
975 Legislaturperiode verstärken und insbesondere Fehlentwicklungen im Bereich von Billiglöhnen
976 entgegenwirken. Hier darf insbesondere die Zuwanderung durch Flüchtlinge nicht dazu missbraucht
977 werden, die Löhne weiter zu drücken.

978

979 **29. Digitalisierung und Demografie gestalten**

980 Die Digitalisierung geht mit grundlegenden und rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt einher.
981 Die klassische Arbeitszeit von 9 bis 17 Uhr weicht mehr und mehr auf. Es entstehen neue Potenziale
982 auf dem Arbeitsmarkt, aber auch viele Herausforderungen.

983 Digitale Arbeit und demografischer Wandel erfordern einen neuen Dialog zwischen Arbeitgebern
984 sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hier ist der Staat gefordert Brücken zu bauen und
985 Wege zu öffnen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für gute Arbeit nutzen und drohende
986 Risiken wie die Entgrenzung von Arbeit klar benennen und ihnen entgegentreten. Deshalb werden
987 wir in einem Handlungsprogramm „Digitale Arbeit“ regional- und branchenspezifische
988 Entwicklungsziele entwickeln. Hier gilt besonders: Wir suchen den Schulterschluss mit den
989 Gewerkschaften, um Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen. Unser Ziel ist, dass auch die
990 Digitalisierung mithilft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

991 Wir fördern altersgerechte Arbeitsplätze in Unternehmen und Verwaltungen. Eine weitere dringliche
992 Aufgabe bleibt die Verbesserung von Arbeitsschutz und betrieblicher Gesundheitsförderung.
993 Schließlich die Fort- und Weiterbildung: Die Anforderungen an sie sind in einer dynamischen,
994 wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft ohnehin sehr groß. Sie wachsen aber durch die älter
995 werdenden Belegschaften. Wir werden mit den Unternehmen den Dialog suchen und Maßnahmen
996 mit ihnen gemeinsam entwickeln, etwa zur Erhaltung der Gesundheit ihrer Belegschaft. Wir werden
997 dazu zusammen mit Experten und Partnern eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe einrichten und

998 Konzepte bündeln, damit kleine und mittlere Unternehmen stärker von bereits bestehenden
999 Maßnahmen profitieren können.

1000

1001 **30. Schnelles Netz - gute Zukunft**

1002 Wir sind beim Ausbau des schnellen Internets auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel. Die Zielmarke
1003 haben wir klar definiert: Wir wollen im nächsten Schritt bis 2018 flächendeckend 50 MBit/S im
1004 Technologiemark erreichen.

1005 Die mögliche Haushaltsversorgung von 30 Mbit/s schnellem Breitband ist in Rheinland-Pfalz bereits
1006 in 77 Prozent der Haushalte möglich, damit liegen wir über dem Bundesschnitt. Bereits 66 Prozent
1007 der Haushalte können 50 Mbit/s von den verschiedenen Anbietern per Kabel oder LTE empfangen.
1008 Das ist die zweithöchste Steigerungsrate der Flächenländer.

1009 Wir werden die Dynamik im Breitbandausbau beschleunigen und den kommunalen Förderanteil so
1010 gering wie möglich halten. Dies schaffen wir, indem wir die hohen Landesfördermittel von 70
1011 Millionen mit Bundesmitteln kombinieren.

1012 Wir in Rheinland-Pfalz setzen dabei auf kommunale Ausbaugemeinschaften, in der Regel in der
1013 Größe eines Landkreises.

1014 In Zukunft werden aber noch größere Bandbreiten benötigt. Industrie 4.0 oder auch Telearbeit von
1015 zu Hause, Video- und Streaming-Angebote erfordern immer höhere Datenmengen. Deshalb hat die
1016 Landesregierung eine 300 Mbit/s-Studie in Auftrag gegeben. Wir wollen wissen, wie wir den Weg in
1017 die Gigabit-Gesellschaft schaffen können, welche Infrastrukturen ausgebaut werden müssen, in
1018 welchen Schritten dies erfolgen kann und wie dies finanziert werden kann.

1019 Die Menschen sind immer mobiler und wollen auch von unterwegs schnell auf Informationen
1020 zugreifen können. Die SPD-geführte Landesregierung will mehr freies WLAN ermöglichen und fordert
1021 eine Änderung des Telemediengesetzes mit dem Ziel, die Störerhaftung abzuschaffen. Im Land
1022 wollen wir den ersten Schritt tun und für mehr freies WLAN sorgen. Dies unterstützt im Besonderen
1023 den Tourismus und die Feriengäste. Viele Städte verfügen schon über Free WiFi Zonen. Die SPD wird
1024 ein Kommunales Programm für kleinere Gemeinden starten: 1.000 freie WLAN-Hotspot - in 1.000
1025 Kommunen.

1026

1027 **31. Demografie trifft auf digitalen Wandel**

1028 Das Leben vor allem in den Dörfern verändert sich. Einerseits werden die Jüngeren weniger und die
1029 Älteren leben länger. Andererseits öffnen sich durch die digitalen Möglichkeiten Chancen, diesen
1030 Wandel gut zu gestalten. Wir in Rheinland-Pfalz wollen diese beiden Trends zusammenbringen.
1031 Nahversorgung, Bring- und Holdienste, Gebäudebewirtschaftung, aber auch der ferngesteuerte
1032 Traktor oder der Einsatz von Drohnen bei der Schädlingsbekämpfung im Weinberg sind Beispiele
1033 dafür, wie neue Technologien unser Leben einfacher machen oder neue Strukturen entstehen.

1034 Auch im Gesundheitsbereich können heute Aufnahmen im Kernspintomographen vor Ort auf dem
1035 Land gemacht und an der fernen Uniklinik vom Facharzt begutachtet werden. Patienten mit
1036 chronischen Erkrankungen können mittels digitaler Technik ärztlich rund um die Uhr betreut werden,
1037 je nach Erfordernis. Die SPD hat dies in einem Projekt mit dem Titel „Digitale Dörfer“ (englisch: smart
1038 rural area) und wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg gebracht.

1039

1040 **32. Nur starke Kommunen sichern gleichwertige Lebensverhältnisse**

1041 Wir sichern eine ausreichende Grundversorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen
1042 Land. Dafür fördern wir innovative, demografiegerechte und inklusive Entwicklungsstrategien von
1043 Stadt und Land. Wir schärfen alle Instrumente, um insbesondere in den Ballungsräumen bezahlbaren
1044 Wohnraum zu erhalten und neuen zu schaffen . Wir fördern die enge Zusammenarbeit zwischen
1045 Gemeinden, Städten und ihren benachbarten Gebietskörperschaften und entwick eln das Projekt
1046 „Starke Kommunen - starkes Land“ zu einem Förderschwerpunkt weiter.

1047 Wir stärken die notwendige kommunale Investitionsfähigkeit durch die Fortführung der
1048 Förderprogramme in den Bereichen Städtebau, Dorferneuerung und Investitions-Stock. Insbesondere
1049 die Programme für kleine Zentren in ländlichen Räumen können in der Fläche viel bewegen. Die
1050 Programme bieten einen breiten Instrumentenkasten für Gemeinden unterschiedlicher Größe und
1051 Struktur. So wurde beispielsweise bei der Dorferneuerung und der Städtebauförderung in den
1052 vergangenen Jahren ein Bewilligungsvolumen von gut 420 Millionen Euro bewegt. Diese Programme
1053 haben nicht nur eine wichtige Bedeutung für die strukturelle Verbesserung der Städte und
1054 Gemeinden, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die regionale Wirtschaft.

1055 Wir nutzen die Landesgartenschauen als Motor, um großflächige Industriebrachen und frei werdende
1056 Militärgelände einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen und der Region einen wirtschaftlichen
1057 Entwicklungsimpuls zu geben. Themen wie Barrierefreiheit, nachhaltige Mobilität, familien- und
1058 kinderfreundliches Wohnen und Leben, klimafreundliche und naturnahe Entwicklung in Stadt und
1059 Land, moderne und nachhaltige gartenbauliche Gestaltung und die Verbindung einer modernen und

1060 inklusiven Quartiersentwicklung mit sozialem, barrierefreiem Wohnungsbau sowie die Anpassung an
1061 den demografischen Wandel stehen zukünftig im Mittelpunkt.

1062 Neben der Vorbereitung der fünften Landesgartenschau in 2022 werden wir prüfen, inwieweit neue
1063 Impulse in der Regionalentwicklung gesetzt werden können: Regionen des Landes könnten dann die
1064 Möglichkeit erhalten, gemeinsam Maßnahmen aus den bestehenden Förderprogrammen des Landes
1065 prioritär, aber zeitlich begrenzt, gefördert zu bekommen.

1066 Das Programm Soziale Stadt soll in unverminderter Höhe fortgeführt werden, um Quartiere mit
1067 sozialen Problemlagen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die Impulse dafür müssen dabei aus den
1068 Kommunen kommen. Das Land wird hier mit Beratungsangeboten zur Verfügung stehen.

1069

1070 **33. Kreative und lebendige Kommunen - hier lebt Gemeinsinn**

1071 Wie wir mit großen gesellschaftspolitischen Themen wie dem Demografischen Wandel oder der
1072 Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgehen, entscheidet sich maßgeblich in den
1073 Kommunen. Daher wollen wir weiterhin in guter Partnerschaft die Kommunen in ihrer Handlungs-
1074 und Leistungsfähigkeit begleiten und stärken.

1075 Die Verbesserung der Finanzlage der Kommunen ist uns weiter ein wichtiges Anliegen. 2010 haben
1076 wir den Kommunalen Entschuldungsfonds eingeführt. Allein für die Jahre 2012 bis 2014 wurden den
1077 Kommunen rund 463 Millionen Euro Landeszuweisungen ausbezahlt. Mit den
1078 Konsolidierungsbeiträgen der Kommunen waren dies rund 617 Millionen Euro.

1079 Wir stehen dafür, den Kommunen zukunftsfeste Strukturen zu gewährleisten. Mit der in der letzten
1080 Legislaturperiode gestarteten und in den vergangenen Jahren fortgeführten Kommunal- und
1081 Verwaltungsreform konnten bereits etliche Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden zu
1082 neuen, leistungsstarken Verwaltungseinheiten fusioniert werden. Auch haben wir für die Kommunen
1083 mit der „Experimentierklausel“ die Möglichkeit geschaffen, zur Weiterentwicklung der kommunalen
1084 Strukturen und Aufgabenwahrnehmung im Einzelfall für bis zu fünf Jahren eine Ausnahme von
1085 landesrechtlichen Zuständigkeits-, Form- und Verfahrensregeln zuzulassen.

1086 Wir werden die Kommunal- und Verwaltungsreform in einer zweiten Stufe fortsetzen. Auf der
1087 Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen und in Kooperation sowie im Austausch mit allen
1088 Beteiligten werden wir uns mit einer umfassenden Aufgabenkritik der einzelnen Ebenen sowie mit
1089 Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung befassen. Ebenso werden wir die
1090 Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und benachbarten Gebietskörperschaften
1091 unterstützen und fördern. Und wir werden die Kommunen darin unterstützen, die Möglichkeiten des

1092 digitalen Wandels im Sinne von Bürgernähe, Vereinfachung und Präsenz in der Fläche verstärkt zu
1093 nutzen. Die Aufgaben der Mittelbehörden werden wir auf den Prüfstand stellen.

1094 Der Erhalt und die Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsfähigkeit ist eine Dauer-, aber
1095 keine Routineaufgabe. Deshalb haben wir auch in der kommenden Legislaturperiode viel vor: Wir
1096 setzen uns für die Einführung einer verfassungskonformen Sperrklausel bei den Wahlen zu den
1097 kommunalen Räten ein, um deren Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir werden das
1098 Kommunalwahlrecht vor den Erfahrungen vergangener Kommunalwahlen auf Regelungen
1099 überprüfen, die erneuert oder gestrichen werden sollten. Wir halten daran fest, das Wahlalter bei
1100 Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Genauso befürworten wir das aktive und
1101 passive Wahlrecht von Nicht-EU-Staatsangehörigen bei Kommunalwahlen.

1102 Das reformierte Landesfinanzausgleichsgesetz werden wir im Jahr 2017 evaluieren. Sich daraus
1103 ergebende Konsequenzen für die Finanzausstattung der Kommunen werden wir unter Achtung der
1104 Schuldenregeln für den Landeshaushalt umsetzen. Förderbereichsübergreifende, überörtliche
1105 Kommunalentwicklungskonzepte sehen wir als Chance. Daher werden wir prüfen, entsprechende
1106 Förderbudgets im Rahmen der Förderprogramme einzuführen.

1107

1108 **34. Polizei für Bürger - Bürgerpolizei**

1109 Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Dafür sorgt vor allem die rheinland-pfälzische Polizei.
1110 Statistiken belegen dies. Damit es auch in Zukunft so bleibt, hat die SPD-geführte Landesregierung
1111 die Einstellungszahlen erhöht. Sie sind mit 475 im Jahr 2015 und 500 im Jahr 2016 auf dem höchsten
1112 Stand, den Rheinland-Pfalz jemals hatte. Wir gewährleisten damit auch in Zukunft eine ausreichend
1113 hohe Zahl an gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten.

1114 Immer neue Sicherheitsanforderungen sind zu bewältigen, wie zum Beispiel Gewalt in
1115 Fußballstadien, Gefahr von Terroranschlägen, Wohnungseinbrüche oder der Schutz von
1116 Flüchtlingseinrichtungen vor rechter Gewalt. Mit Sorge sehen wir, dass die Gewalt gegen
1117 Polizistinnen und Polizisten zunimmt. Deshalb wurden Schutzausstattung, Bewaffnung und
1118 Einsatztrainings optimiert. In einem Pilotversuch werden sogenannte Bodycams eingesetzt, um der
1119 steigenden Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei entgegenzuwirken.

1120 Wichtig ist auch ein speziell auf die Polizei zugeschnittenes, ganzheitliches Gesundheitsmanagement,
1121 das wir durch einen eigenen Betriebsärztlichen Dienst für die Polizei und durch ein optimiertes
1122 Fallmanagement bei der Schadensregulierung weiterentwickeln. Wir werden auch die Einführung
1123 eines Instituts für Polizeigesundheit und einer spartenübergreifenden Heilfürsorge prüfen.

1124

1125 **35. Feuerwehr und Rettungskräfte - Retter in der Not**

1126 Respekt, Dank und Anerkennung zollen wir den freiwilligen Feuerwehr- und Rettungskräften. Sie
1127 haben in den vergangenen Monaten bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme Hervorragendes
1128 geleistet. Und sie setzen sich bei Einsätzen oft großen Gefahren aus. Diese hohe Leistung und
1129 Einsatzfreude werden wir weiterhin durch finanzielle Förderung der Feuerwehren und des
1130 Katastrophenschutzes auf gleichem Niveau unterstützen. Denn modernes technisches Material ist oft
1131 entscheidend für Retter und Menschen in Notsituationen. Grundlage ist die Zweckbindung der
1132 Feuerschutzsteuer.

1133 Wir sind uns bewusst, dass durch den demografischen Wandel die Tagesalarmbereitschaft oft nur
1134 schwer gewährleistet werden kann. Hier muss auch auf neue, innovative Konzepte gesetzt werden,
1135 insbesondere kommt es aber auf die Jugendförderung an. Die Jugendarbeit wird von uns weiter
1136 unterstützt. Bambinifeuerwehren, Jugendfeuerwehren und Jugendrotkreuz sowie die
1137 feuerwehrtechnische Grundausbildung als Wahlfach in Schulen werden ebenfalls immer wichtiger.

1138

1139 **36. Prävention - Kampf gegen Extremismus**

1140 Die SPD wendet sich gegen jede Art von Extremismus. Wir verurteilen Rassismus, Gewalt, Hass,
1141 Intoleranz und Ausgrenzung. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen dagegen stark machen.
1142 Dazu gehören Angebote in Schulen und in der Jugendarbeit. Die zunehmende Zahl von Übergriffen
1143 auf Flüchtlingsunterkünfte alarmiert uns. Wir dürfen den geistigen Brandstiftern nicht erlauben, den
1144 Boden für antidemokratische Parolen und Gewalttaten zu bereiten. Hetze und Diskriminierung muss
1145 mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Dazu zählt für uns auch das NPD Verbot.

1146 Mit den vom Land unterstützten Programmen, wie beispielsweise dem Beratungsnetzwerk gegen
1147 Rechtsextremismus, Rückwege, (R)Auswege, der Elterninitiative gegen Rechts, der
1148 Präventionsagentur und den vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Organisationen, verfügt
1149 Rheinland-Pfalz über ein gutes Netz. Wir wollen diese Arbeit weiter fördern, entwickeln und
1150 ausbauen.

1151 Prävention kann Straftaten, Unfälle und gesundheitliche Schäden verhindern und trägt so zum guten
1152 Zusammenleben bei. Für die SPD ist dies eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Wir
1153 schätzen die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte und der Seniorensicherheitsberater in den
1154 Kommunen und deren ehrenamtliches Engagement. Ihre Arbeit wurde evaluiert und wird weiter
1155 gefördert. Verkehrserziehung und -schulung ist für Jung und Alt wichtig und wird auf hohem Niveau
1156 fortgesetzt. Sucht- und Gesundheitsberatung wird verstetigt. Gewalt in engen sozialen Beziehungen

1157 und gegen Fremde tritt leider immer wieder auf. Wir wollen weiter die Zivilcourage stärken („Wer
1158 wegschaut, macht mit“) und für die Opfer Beratung und Hilfe anbieten.

1159

1160 **37. Recht und Justiz garantieren unsere Freiheit**

1161 Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für eine Rechts- und Innenpolitik, deren strikter Maßstab die Grund-
1162 und Bürgerrechte sind. Wir setzen uns für eine starke Justiz ein. Eine schnelle und effektive
1163 Rechtsdurchsetzung ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig und damit ein Standortvorteil für unser
1164 Land. Vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger darauf angewiesen.

1165 Auch die Justiz muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, dem Einsatz neuer
1166 Medien und neuen Formen der Kriminalität und des sozialen Verhaltens stellen. Alternative Formen
1167 der Streitbeilegung oder Online-Schlichtungen werden wir weiter fördern. Wie bei Rechtsanwälten
1168 ist eine weitere fachliche Spezialisierung in Justiz und Staatsanwaltschaften unabdingbar. Die
1169 Justizstrukturen müssen dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, den sich veränderten Erfordernissen
1170 angepasst werden. Dies wird in transparenten Verfahren und unter Beteiligung aller Betroffenen
1171 erfolgen.

1172 Wir werden die „soziale Justiz“ weiter ausbauen und den Zugang zum Recht garantieren. Dazu gehört
1173 für uns, Hemmschwellen abzubauen, Rechtsdurchsetzung und Rechtshilfe für Einkommensschwache
1174 zu fördern und Beratungsangebote, wie die Anwaltlichen Beratungsstellen, deutlich zu stärken. Zur
1175 wirksamen Bekämpfung von Jugendkriminalität muss es neben den erfolgreich arbeitenden Häusern
1176 des Jugendrechts auch in ländlichen Gebieten eine effektive und möglichst institutionalisierte
1177 Kooperation zwischen Justiz, Polizei und Jugendhilfe geben. Die SPD wird hierfür die
1178 Voraussetzungen schaffen. Zeugen- und Opferschutz muss konsequent erfolgen. Dabei werden wir
1179 Hilfsangebote für durch Straftaten geschädigte Bürger stärken, ohne die Rechte von Beschuldigten
1180 einzuschränken.

1181 Die Resozialisierung von Straftätern ist der beste Opferschutz. Deshalb setzen wir im Justizvollzug auf
1182 die gesellschaftliche Wiedereingliederung. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf jugendliche und
1183 heranwachsende Straftäter, deren Übergang von der oft jahrelangen Haft hin zum Leben in Freiheit
1184 so problemlos wie möglich verlaufen sollte. Das sogenannte Übergangsmanagement werden wir
1185 deshalb weiter ausbauen und verfeinern, sodass ein Leben ohne Straftaten nicht schon an
1186 mangelnder Organisation der ersten Tage und Wochen in Freiheit scheitert.

1187 Die SPD in Rheinland-Pfalz wendet sich weiterhin entschieden gegen alle Privatisierungstendenzen in
1188 der Justiz. Alle Bestrebungen im Strafvollzug und Gerichtsvollzieherwesen lehnen wir ab.

1189 **38. Verbraucherschutz steht für soziale Gerechtigkeit**

1190 Wir setzen auf einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen, bei
1191 dem der Einzelne unabhängig vom Bildungsstand, der Herkunft und dem finanziellen Hintergrund vor
1192 Risiken des Marktes geschützt wird und die eigenen Rechte wahrnehmen kann. Die
1193 Beratungsleistungen der Verbraucherzentrale (VZ) haben sich in Rheinland-Pfalz bewährt. Die
1194 finanzielle Förderung werden wir weiterhin gewährleisten. Im Rahmen der bewährten
1195 „Verbraucherdialoge“ werden wir konkrete Empfehlungen zu den Zukunftsfragen des
1196 Verbraucherschutzes erarbeiten.

1197 Höchste Priorität hat die Sicherheit unserer Lebensmittel. Wir werden das hohe Niveau unserer
1198 Lebensmittelüberwachung und die Leistungsfähigkeit des Landesuntersuchungsamtes weiter
1199 stärken. Wir haben eine interdisziplinäre Kontrolleinheit (IKER) als Task Force eingerichtet, die
1200 kritische Lebensmittelbetriebe und Warenströme im Auge behält und bei Bedarf landesweit
1201 einschreitet. Wir werden die Aufgaben der Task-Force evaluieren und gegebenenfalls erweitern und
1202 verbessern.

1203 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat für die SPD einen hohen Stellenwert. Gerade
1204 auch im privaten Bereich muss der Bürger einen effektiven Schutz seiner Daten erhalten. Dies gilt
1205 insbesondere auch bei zunehmender Digitalisierung aller Lebensbereiche. Besonders schutzbedürftig
1206 sind hier Kinder, Jugendliche und die Daten der Verbraucher.

1207 Verbraucherbildung ist wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie müssen die Gefahren
1208 der neuen Medien kennen, das Wissen um gesundes Essen erlernen und auch Kenntnisse über den
1209 Umgang mit zielgerichteter Werbung der Wirtschaft erwerben. Aber auch gerade Senioren suchen
1210 Beratung, was den Umgang mit digitalen Angeboten anbelangt. Eine von uns geführte
1211 Landesregierung wird die finanziell unterstützten Veranstaltungen der Verbraucherzentralen
1212 fortführen und stetig neue Angebote entwickeln. Der digitale Marktwächter unterstützt das Angebot.

1213 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen beim Thema des transatlantischen
1214 Freihandelsabkommens (TTIP) ernst. Viele befürchten, dass durch TTIP europäische und deutsche
1215 Standards bei Verbraucher, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie bei Lebensmitteln unterlaufen
1216 werden könnten. Die SPD setzt sich im Bund und in Europa dafür ein, dass wichtige, in Jahrzehnten
1217 errungene Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards durch multinationale Konzerne und
1218 Investoren ebenso wenig ausgehebelt werden können wie rechtsstaatliche Standards und
1219 demokratische politische Regelungen.

1220

1221 **39. Gleichberechtigung von Frauen und Männern konsequent vorantreiben**

1222 Rheinland-Pfalz ist ein Land der gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer. Dennoch werden
1223 Frauen in einigen Bereichen unserer Bürgergesellschaft nach wie vor benachteiligt. Für ein
1224 wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz wollen wir die tatsächliche Gleichstellung
1225 der Geschlechter als durchgängiges Prinzip sehen.

1226 Nach wie vor verdienen Frauen fast ein Viertel weniger im Durchschnitt als Männer. Die
1227 Überwindung ungleicher Einkommensverhältnisse muss gelingen. Ein erster Schritt in Richtung
1228 Gleichberechtigung im Erwerbsleben ist durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
1229 gelungen. Da der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor und in Minijobs überproportional hoch ist,
1230 profitieren insbesondere die Frauen von der gesetzlich festgeschriebenen Lohnuntergrenze. Ziel
1231 muss eine bessere Entlohnung in den typischen „Frauenberufen“ sein, die nicht weniger anstrengend
1232 und oft auch nicht weniger qualifiziert sind, aber denen die materielle Anerkennung fehlt. Wir
1233 unterstützen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg zu
1234 bringen, um der Entgeltdiskriminierung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

1235 Wir wollen klassische Rollenbilder weiter aufbrechen und Frauen auch in Führungsrollen gleiche
1236 Chancen geben. Die Einführung der Frauenquote auf Bundesebene war ein wichtiger Schritt in die
1237 richtige Richtung. Wir haben bereits durch unsere Politik dafür gesorgt, dass der Frauenanteil in
1238 Aufsichtsräten und Kontrollgremien im Verantwortungsbereich der Landesregierung erhöht wurde.
1239 In Zukunft werden wir uns nachdrücklich für einen gesetzlich festgelegten Frauenanteil in
1240 Aufsichtsräten und Kontrollgremien einsetzen. Wir brauchen zudem mehr weibliche Professuren und
1241 einen größeren Anteil von weiblichen Führungskräften an Hochschulen.

1242 Der Öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber generell eine Vorreiterrolle in Sachen Gleichstellung
1243 einnehmen. Die Stärkung der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten ist uns durch die Schaffung von
1244 Sanktionsmöglichkeiten und die Einführung von Kontrollmechanismen gelungen. Das hilft, um in
1245 Zukunft eine zeitgemäße und qualitative Frauenförderung im öffentlichen Dienst sicher zu stellen.

1246 Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, müssen bei uns in Rheinland-Pfalz auf ein
1247 flächendeckendes und professionelles Netz an Unterstützungseinrichtungen zugreifen können. Wir
1248 machen uns dafür stark, dass Frauen und Kinder, die von psychischer, physischer, sexualisierter und
1249 sozioökonomischer Gewalt oder von Stalking betroffen sind, eine gewaltfreie Zukunftsperspektive
1250 eröffnet bekommen, in der sie vom Gewalttäter unabhängig ein selbstbestimmtes Leben führen
1251 können. Erfolgreiche Programme wie das „Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in
1252 engen sozialen Beziehungen“ (RIGG) wollen wir fortführen, um diese Ziele sicherzustellen. Unser Ziel
1253 ist eine abgestimmte Interventionskette in der akuten Versorgung sowie ein niedrigschwelliges

1254 Beratungsangebot, in dem alle Angebote kostenfrei und kultursensibel sind. Bestehende Lücken
1255 zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten sollen geschlossen werden.

1256 Wir setzen uns für eine verstärkte Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene ein, denn gerade
1257 im kommunalen Bereich sind die Erfahrungen und Kompetenzen aller von Bedeutung. Deshalb sehen
1258 wir es als unsere Aufgabe an, den Frauenanteil besonders in den kommunalen Räten langfristig zu
1259 erhöhen.

1260

1261 **40. Rheinland-Pfalz steht für das Prinzip Inklusion**

1262 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen, wie alle anderen auch, an der
1263 Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilhaben können. Deswegen haben wir als erstes Bundesland die
1264 UN-Behindertenrechtskonvention mit einem Landesaktionsplan umgesetzt, den es fortzuentwickeln
1265 gilt. Inklusion ist für uns ein Menschenrecht, das überall in unserer Gesellschaft mitgedacht und
1266 gelebt werden muss. Wir setzen uns deswegen weiter auf Bundesebene für ein modernes, an
1267 Inklusion und Selbstbestimmung ausgerichtetes Bundesteilhabegesetz ein, das die
1268 Eingliederungshilfe ablöst.

1269 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen immer Teil des gesellschaftlichen Lebens sind.
1270 Deshalb setzen wir uns für eine barrierefreie Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche
1271 ein. Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein: Schrittweise werden wir die
1272 Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln, damit Kinder mit Behinderung dort spielen und
1273 lernen können sowie gefördert werden. Die Angebote der Förderkindergärten wollen wir gemeinsam
1274 mit ihren Trägern zu integrativen Kindertagesstätten verbessern.

1275 Gemeinsam mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der
1276 Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle wie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln, um den
1277 Übergang aus der beschützten Beschäftigung der WfbM zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu
1278 erleichtern.

1279 In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den Ruhestand
1280 gehen, steigen. Sie brauchen gute Angebote, um ihren Tag strukturieren und gestalten zu können.
1281 Wir möchten deswegen Modelle entwickeln, in denen Leistungen für ältere Menschen auch von
1282 älteren Menschen mit Behinderung genutzt werden können.

1283

1284 **41. Vielfalt ist ein Gewinn für alle**

1285 Allen Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz steht das Recht zu, frei und selbstbestimmt
1286 zu leben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht unabhängig von Geschlecht, Alter,
1287 sexueller Identität, Herkunft, Beeinträchtigung, religiöser und weltanschaulicher
1288 Überzeugung diskriminierungsfrei gelebt werden kann.

1289 Die SPD Rheinland-Pfalz wird dazu die „Strategie Vielfalt“, die die rot-grüne Landesregierung am
1290 16. Mai 2015 beschlossen hat, konsequent weiterverfolgen und Organisationen der Zivilgesellschaft
1291 wie das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ als Bündnispartner stärken. Wir setzen
1292 uns zudem für den Ausbau der Landesantidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle im Land ein.

1293 Vielfalt ist ein Gewinn für alle. Deshalb wollen wir das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) im
1294 Land bekannter machen unter anderem durch Schulung der Mitarbeitenden aller kommunalen und
1295 Landeseinrichtungen. Wir wollen die ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit in diesem Themenfeld
1296 weiter fördern und ausbauen. Die Landesregierung wird dazu Ansprechpartner benennen und die
1297 Ablehnung von Diskriminierung in ihrer Außendarstellung deutlich machen. Lesben, Schwule,
1298 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBTTI) sind gleichfalls Teil
1299 unserer vielfältigen Gesellschaft. Für sie gilt das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe bisher nicht in
1300 vollem Umfang. Auf der Grundlage der Zielvereinbarung zwischen der Landesregierung und
1301 QueerNet RLP e.V. werden wir daher den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“
1302 fortschreiben. Wir unterstützen die Arbeit des Bildungsprojektes SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans*
1303 Aufklärung) an rheinland-pfälzischen Schulen und wollen dieses Angebot ausbauen. Zudem ist klar,
1304 dass wir uns auf Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und
1305 Lesben einsetzen, vor allem für die Öffnung der Ehe.

1306 Wir wollen die Aufarbeitung der Geschichte der Schwulen und Lesben fortführen und streben auf
1307 Bundesebene die Aufhebung der Urteile nach § 175 zwischen 1949 und 1969 und eine angemessene
1308 Wiedergutmachung an. Wir setzen uns dafür ein, dass verfolgte Schwule, Lesben und Trans* Zuflucht
1309 in unserem Land erhalten.

1310

1311 **42. Landwirtschaft und Weinbau für starke Ländliche Räume**

1312 Landwirtschaft und Weinbau prägen in vielen Teilen das Gesicht von Rheinland-Pfalz, zum Beispiel
1313 durch die Steillagen an Rhein und Mosel. Ohne sie würde es die einzigartigen Kulturlandschaften und
1314 Naturräume, die unser Land so lebens- und liebenswert machen, nicht geben. Unser Naturschutz lebt
1315 vom kooperativen Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft und dem Weinbau. Wir sind das

1316 Weinbauland Nummer Eins. Der von uns 2009 initiierte duale Bachelor-Studiengang „Weinbau und
1317 Önologie“ ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

1318 Landwirtschaft und Weinbau haben gute Zukunftsperspektiven und meistern den Strukturwandel.
1319 Die SPD steht dabei unterstützend an der Seite der Landwirtschaft und des Weinbaus. Unser
1320 zukunftsfähiger Weinbau und unsere zukunftsfähige Landwirtschaft stellen sich dem Wettbewerb.
1321 Damit das auf einer wirtschaftlichen Basis geschehen kann, bedarf es auch in Zukunft einer
1322 zielgerichteten Investitionsförderung. Eine große zusätzliche Chance bildet die wachsende Nachfrage
1323 an ökologischen Produkten und Lebensmitteln.

1324 Wir sichern - auch durch Einsetzen der Ressourcen der europäischen Agrarförderung - eine
1325 einträgliche, umweltbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft. Die SPD steht dabei für
1326 eine Gleichrangigkeit von konventioneller und ökologischer Produktionsweise und deren
1327 Unterstützung in Beratung und Förderung. Wein aus Rheinland-Pfalz ist ein Markenzeichen und steht
1328 für hervorragende Qualität. Dies gelingt ebenfalls im guten Miteinander von konventionellem und
1329 ökologischem Weinbau.

1330 Wir setzen auf eine gut aufgestellte Agrarverwaltung. Der Einstellungskorridor bei den
1331 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) muss sicherstellen, dass auch in Zukunft eine
1332 flächendeckende produktionstechnische Beratung der Betriebe erfolgen kann. Dies gilt insbesondere
1333 für die Pflanzenschutz- und Düngeberatung. Die Einführung eines Steillagenzentrums beim DLR
1334 Mosel hat sich bewährt. Wo im Land eigene Forschung betrieben wird, werden wir finanzielle
1335 Unterstützungen prüfen.

1336 Die ausgezeichneten Qualitätsstandards im rheinland-pfälzischen Weinbau wollen wir auf hohem
1337 Niveau halten. Deshalb arbeiten wir, gemeinsam mit der Weinwirtschaft und den
1338 Weinbauverbänden, für eine zukunftsfähige Umsetzung der EU-Weinmarktreform. Wir setzen uns für
1339 eine Anpassung der europäischen Weinbauzonen an die klimatischen Veränderungen ein. Dabei geht
1340 es unter anderem um die Vereinfachung von Regelungen in Bezug auf Mostgewicht, Anreicherung
1341 und Säuern bzw. Entsäuern. Wir unterstützen eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Praxis und
1342 Forschung, um neu aufgetretene Schaderreger und Pflanzenkrankheiten erfolgreich zu bekämpfen.

1343

1344 **43. Nachhaltigkeit in Natur- und Tierschutz**

1345 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Im Interesse künftiger Generationen sind
1346 wir aufgefordert, Klima und Ressourcen zu schonen. Wir setzen im Naturschutz auf einen Ausgleich
1347 zwischen den Interessen und auf konstruktive Zusammenarbeit. Dabei sollen die Belange des
1348 Naturschutzes auf der gesamten Fläche berücksichtigt werden.

1349 Dies muss unter Beteiligung und Einbindung der Nutzer geschehen. Der Vertragsnaturschutz ist
1350 hierzu ein wertvolles Instrument. In Zukunft soll dieses Instrument auch verstärkt im Wald
1351 angewendet werden. Wir wollen die bestehenden Schutzgebiete in ihrer ökologischen Funktion
1352 erhalten und wo möglich verbessern. Unsere Bäche und Flüsse sind bundesweit spitze, was den
1353 ökologischen Zustand angeht. Das erhalten wir.

1354 Mit dem Nationalpark im Hunsrück leistet unser Land einen Beitrag zur Umsetzung der nationalen
1355 Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Potentiale des Nationalparks Hunsrück-Hochwald für die
1356 Regionalentwicklung und für einen naturnahen Tourismus sollen genutzt werden. Der Nationalpark
1357 wurde zusammen mit der Region entwickelt und diese Beteiligungskultur gilt es zu erhalten.

1358 Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in Deutschland und hat für
1359 verschiedene Tier- und Pflanzenarten eine große Bedeutung. Wir werden die notwendigen
1360 Schritte gehen , um den Status des Biosphärenreservates Pfälzerwald zu sichern und den
1361 Pfälzerwald zur Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu machen.

1362 Unser neues Landesnaturschutzgesetz greift die Herausforderungen der Umweltpolitik auf. So
1363 werden durch die Beteiligungsrechte der ehrenamtliche Naturschutz erweitert, Naturschutzgebiete
1364 vor gentechnischer Kontamination geschützt und ökologisch wertvolles Grünland erhalten. Wir
1365 werden die Leistungsfähigkeit der Naturschutzverwaltung erhalten und das hierfür notwendige
1366 Personal dauerhaft zur Verfügung stellen.

1367 Wir haben mit dem Landeswassergesetz wichtige Grundlagen zum Schutz unseres Trinkwassers
1368 geschaffen. Die Einnahmen aus dem Wassercent helfen, diese Ziele zu erreichen und die Kommunen
1369 gerade im ländlichen Raum finanziell zu unterstützen. Wasserversorgung und Abwasserbehandlung
1370 sind wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge. Wir lehnen erzwungene Privatisierungen ab. Wir
1371 setzen die Aktion Blau Plus fort und fördern weiterhin die Wiederherstellung von naturnahen
1372 Gewässerzuständen. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir gemeinsam mit den
1373 Kommunen und Gewässeranliegern unter anderem durch Rückhalte - und Schutzmaßnahmen sowie
1374 verbesserte Eigenvorsorge weiterentwickeln.

1375 Der hohe Waldanteil in Rheinland-Pfalz verpflichtet uns zu einer besonders sorgsamen und
1376 nachhaltiger Nutzung. Wir halten am Gemeinschaftsforstamt fest. Die Forstleute unseres Landes
1377 leisten eine erfolgreiche Arbeit. Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche Mischwälder, die alle
1378 Waldfunktionen erfüllen. Der Landesbetrieb Landesforsten soll wirtschaftlich erfolgreich und
1379 leistungsfähig sein. Deshalb werden wir an der Dienstvereinbarung und dem damit verbundenen
1380 Einstellungskorridor festhalten.

1381 Für uns hat die stoffliche Verwertung von Holz Vorrang vor der energetischen Nutzung. In der
1382 Zukunft möchten wir verstärkt innovative Verwendungen von Laubhölzern unterstützen. Wir streben
1383 einen höheren Anteil von modernen Öfen an, um Brennholz effizienter zu nutzen und Emissionen zu
1384 reduzieren.

1385 Die erfolgreiche Zertifizierung des Staatswaldes bestätigt, dass der Staatsforst in Rheinland-Pfalz
1386 nach hohen Standards bewirtschaftet wird. Wir wollen einen Anteil der Prozessschutzflächen im
1387 Staatswald von zehn Prozent erreichen. Einen höheren Anteil streben wir nicht an.

1388 In der Tierhaltung müssen artgerechte Haltungssysteme weiter vorangebracht werden. Wir stehen
1389 seit langem für einen verbesserten Tierschutz ein. Wir möchten die Haltungs- und
1390 Transportbedingungen von Nutztieren weiter verbessern und die Entwicklung von Alternativen zu
1391 Tierversuchen unterstützen. Wir freuen uns über den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen
1392 und Helfer, etwa in Tierschutzvereinen und Tierheimen. Wir unterstützen dieses Engagement.

1393

1394 **44. Sportliches Rheinland-Pfalz**

1395 In Rheinland-Pfalz wird Sport gelebt. In Rheinland-Pfalz sind aktuell mehr als 1,4 Millionen Menschen
1396 und damit 37 Prozent der Bevölkerung in fast 6.300 Vereinen aktiv. Wir wissen um die große soziale
1397 Bedeutung des rheinland-pfälzischen Sportes für die gesamte Gesellschaft. Die etwa 450.000
1398 Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare Arbeit, die weit über die Ausübung einer
1399 Sportart hinausgeht. Es geht auch um Gemeinschaft im Verein, Gesundheitsprävention, Integration
1400 und Inklusion. Wir werden auch in Zukunft für eine angemessene Finanzausstattung des Sports
1401 sorgen. Trotz der Schuldenbremse werden die Haushaltsansätze für den Sport nicht gekürzt.

1402 Zur Ausübung des Sports brauchen die Vereine eine moderne Infrastruktur. Wir werden für einen
1403 bedarfsorientierten Ausbau der Sportstätten eintreten. Dabei sollen auch innovative Konzepte zur
1404 multifunktionellen Nutzung von Bestandsgebäuden oder Leerständen in den Kommunen erprobt
1405 werden. Für den Sport in der Gesellschaft wird so entsprechender Raum geschaffen.

1406

1407 **45. Kulturland Rheinland-Pfalz**

1408 Kultur trägt viel zur gemeinschaftlichen Identität unseres Landes bei. Ihr Schutz ist uns eine
1409 Verpflichtung. Daher haben wir massiv in Sanierungen und Barrierefreiheit von Burgen und
1410 Schlössern investiert. Was Qualität und Umfang sowie die Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten
1411 anbelangt, können wir heute sagen: So viele kulturelle Angebote wie heute gab es nie zuvor.

1412 Dies gilt nicht nur dank unserer kulturellen Leuchttürme wie dem Kultursommer Rheinland-Pfalz, den
1413 Nibelungen-Festspielen, dem Festival des Deutschen Films, dem Hambacher Schloss, dem Arp-
1414 Museum oder den Theatern in unserem Land. Auch Laientheater, Chöre, Musikvereine oder
1415 Programmkinos leisten einen wichtigen Beitrag zur Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz.

1416 Unser Grundsatz der Kulturpolitik ist, dass Kunst und Kultur nicht das Privileg einiger weniger sein
1417 dürfen. Sie müssen vielmehr allen zugänglich sein. Das Ziel „Kultur für alle“ ist noch lange nicht
1418 erreicht. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe.

1419 Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik und zugleich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
1420 Die Beiträge von Kulturschaffenden, öffentlichen Einrichtungen, bürgerschaftlichem Engagement und
1421 privater Wirtschaft, von Sponsoren und Mäzenen für Kunst und Kultur sind unverzichtbar. Deshalb
1422 wollen wir ein Netzwerk Kultur auf den Weg bringen.

1423 Kulturelle Bildung steht weiter im Zentrum unserer Kulturpolitik. Mit dem Programm „Jedem Kind
1424 seine Kunst“, der Förderung von Jugendkunstschulen und Jugendkunstschulprojekten, der Förderung
1425 von Aufführungen professioneller freier Theater in nicht-kommerziellen Institutionen und anderen
1426 Maßnahmen haben wir in den zurückliegenden Jahren bemerkenswertes auf den Weg gebracht. Wir
1427 werden auf diesem Weg konsequent weitergehen.

1428 Unsere Kulturpolitik hat in den vergangenen Jahren mehr Geld in die freie Kulturszene gelenkt. Daran
1429 wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode festhalten. In Modellprojekten werden wir
1430 erproben, wie sichergestellt werden kann, dass freie Kultureinrichtungen und -gruppen bei dem
1431 vielerorts anstehenden schwierigen Wechsel zur nächsten Generation ihre Arbeit fortsetzen können.
1432 Wir werden für eine sukzessive Verbesserung der oft prekären Arbeitsbedingungen der Akteurinnen
1433 und Akteure der freien Szene eintreten.

1434 Kultur in Rheinland-Pfalz muss noch mehr auf die junge Generation zugehen. Der Kulturbegriff der
1435 jungen Generation ist lebendig. Er unterscheidet sich teilweise ganz erheblich von dem ihrer Eltern.
1436 Neue Disziplinen und Spielformen entstehen, man interessiert sich für neue Grenzbereiche und
1437 Nischen des Kulturraums. Wir wollen daher einen „Entwicklungsfonds für junge Kultur“ als
1438 Förderinstrument ins Leben rufen.

1439 Die Verpflichtung bleibt! Das jüdische Erbe in unserem Land liegt uns besonders am Herzen. Wir
1440 wollen, dass die SchUM-Städte Worms, Speyer und Mainz Weltkulturerbestätten werden.

1441

1442 **46. Offene und transparente Verwaltung**

1443 Die öffentliche Verwaltung ist Dienstleister und Arbeitgeber zugleich. Die SPD geführte
1444 Landesregierung setzt auf eine schlanke, effiziente und moderne Verwaltung mit guter
1445 Führungskultur und Personalentwicklung. Die Verwaltung muss sich der Herausforderung des
1446 demografischen Wandels und der Digitalisierung stellen. Zu Recht erwarten Bürger oder
1447 Unternehmen, den Service der Verwaltung sicher, bequem und mobil abwickeln zu können. Mit dem
1448 Rheinland-Pfalz-Portal haben wir die Tür zur digitalen Verwaltung aufgestoßen. Land und Kommunen
1449 bieten hier rund um die Uhr online ihre Dienste an. Wer dieses Angebot nicht nutzen kann oder will,
1450 dem steht die einheitliche Behördenrufnummer D115 zu Verfügung.

1451 Interne Verwaltungsabläufe werden wir durch die Einführung der elektronischen Akte in der
1452 Landesverwaltung mittelfristig kostengünstiger und schneller gestalten. Kommunen begleiten wir auf
1453 dem Weg in die Digitalisierung, zum Beispiel in der Modellkommune e-Government, der virtuelle
1454 Kommune Mendig. Diesen erfolgreichen Weg, für den das Land bereits mehrfach ausgezeichnet
1455 wurde, werden wir fortsetzen.

1456 Eine starke und lebendige Demokratie lebt von Teilhabe, Partizipation und Information. Deshalb hat
1457 Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ein Transparenzgesetz angekündigt und in den Landtag
1458 eingebracht. Es ist das erste Gesetz, dass in einem breiten Beteiligungsprozess entstanden ist. Die
1459 Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“, aber auch Bürgerinnen
1460 und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben sich daran beteiligt. Eine offene
1461 und transparente Verwaltung ist keine gläserne. Sie legt aber den interessierten Bürgerinnen und
1462 Bürgern offen, wie sie regiert, welche Entscheidungen sie warum getroffen hat. Die Bürger müssen
1463 nicht mehr wie bisher einen Antrag auf Information stellen. Künftig werden online auf einer
1464 Transparenzplattform im Internet alle Daten einsehbar sein. Wir erweitern damit die Open Data
1465 Plattform - was mit den englischen Begriffen von Good Governance und Compliance umschrieben
1466 wird und nichts anderes als gutes Regieren meint. Damit will die SPD Vertrauen in die Politik stärken.

1467

1468 **47. Medienland Rheinland-Pfalz - kompetent in die Zukunft**

1469 Unser Land ist ein bedeutender Medienstandort und somit auch Beschäftigungsmarkt für viele
1470 Medienschaffende und die Kreativwirtschaft. Als Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder
1471 übernimmt Rheinland-Pfalz eine wichtige bundesweite Rolle dabei, wie die künftige Medienordnung
1472 in einer digitalen Welt aussehen wird, in der das traditionelle Fernsehen immer mehr mit den
1473 audiovisuellen Angeboten im Internet verschmilzt.

1474 Wir setzen uns für Vielfalt in der Medienwelt ein, sie ist Garant für Meinungsvielfalt, die in der
1475 Demokratie so wichtig ist. Basis dafür muss ein ausgewogenes Verhältnis aus öffentlich-rechtlichem
1476 und privaten Rundfunk, Printmedien und audiovisuellen Diensten sein. Wir setzen uns für den
1477 Ausbau offener WLAN-Angebote an möglichst vielen Orten ein. Wir werden auf Bundesebene deshalb
1478 für die Abschaffung der Störerhaftung eintreten, die diesem Ziel entgegensteht.

1479 Dabei sollen wirtschaftliche Chancen geöffnet werden, ohne dass marktbeherrschende Stellungen
1480 die Vielfalt einschränken. Medien müssen geeignete Angebote auch für junge Menschen entwickeln.
1481 Wo die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigt zu werden droht, werden wir dem weiterhin
1482 durch einen geeigneten Jugendmedienschutz entgegenzutreten. Dabei kommen Organisationen wie
1483 Jugendschutz-net, den Medienkompetenz-Angeboten des Bildungsministeriums und der
1484 Landesmedienanstalt eine besondere Bedeutung. Diese werden wir weiter unterstützen.

1485

1486 **48. Wir halten die Schuldenbremse ein und konsolidieren den Haushalt**

1487 Wir nutzen das laufende Jahrzehnt, in dem die geburtenstarken Jahrgänge noch vollständig im
1488 erwerbstätigen Alter sind, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten. So schaffen wir die
1489 zusätzlichen Handlungsspielräume, damit unser Land sozial, ökologisch und wirtschaftlich
1490 leistungsfähig bleibt. Rheinland-Pfalz konnte das strukturelle Defizit kontinuierlich reduzieren und ist
1491 jeweils unter der Defizit-Obergrenze geblieben. Wir halten die Schuldenbremse ein und reduzieren
1492 das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2020 auf Null. Auch in der kommenden Legislaturperiode ist es
1493 deshalb nötig, weitere Sparanstrengungen zu ergreifen. Das heißt auch: Verwaltungen werden wir
1494 nach weiteren Einsparpotentialen überprüfen und zugleich die Verbesserung der
1495 Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in den Blick nehmen. Wir wollen die Modernisierung der
1496 Steuerverwaltung fortsetzen und setzen dabei auf den verstärkten Einsatz moderner
1497 Computersysteme. Zudem werden wir weiter das Personal gezielt in den Außendiensten
1498 (Betriebsprüfung und Steuerfahndung) verstärken.

1499 Eine gerechte Steuererhebung ist für uns ein essentieller Bestandteil des gemeinsamen
1500 Zusammenlebens. Ein funktionierender Staat ist auf Einnahmen angewiesen, die durch alle
1501 Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit erbracht
1502 werden. Nur eine gerechte Steuererhebung ist auch eine, die zur entsprechenden Akzeptanz bei den
1503 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern führt. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen
1504 internationalen Datenaustausch ein, damit Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden kann. Der
1505 Ankauf sogenannte Steuer-CD's ist ein allerletztes Mittel, um Steuerhinterziehung wirksam zu
1506 bekämpfen

1507 Eine Schwerpunktsetzung bleibt angesichts der Sparbemühungen unumgänglich. So stehen für uns
1508 die Investitionen in die Bildung und Infrastruktur im Mittelpunkt. Die Beamtinnen und Beamten
1509 haben einen großen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet. Deshalb gilt: Wir
1510 passen die Gehälter der Beschäftigten im Landesdienst an die Entwicklung der Inflationsrate und die
1511 Entwicklung der Löhne an.

1512 Bei den Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht es darum, alle Länder so
1513 auszustatten, dass sie gleiche Lebensverhältnisse sichern und ihre Aufgaben wahrnehmen können
1514 sowie die Lücke zwischen finanzstarken und finanzschwächeren Ländern nicht weiter
1515 auseinanderdriften zu lassen.

1516

1517 **49. Verantwortung für Europa und die Eine Welt**

1518 Die europäische Integration ist für die rheinland-pfälzische SPD nicht nur politischer Auftrag, sondern
1519 auch gelebte Wirklichkeit. Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein guter Nachbar; die grenzüberschreitende
1520 Zusammenarbeit in all ihren Ausprägungen zum direkten Wohle der Menschen wird zentral bleiben.
1521 Die SPD wird sich in der Europapolitik weiterhin für ein hohes Niveau bei Bürger- und Grundrechten
1522 sowie beim Datenschutz, bei der Stärkung der sozialen Dimension sowie der Sicherung und Schaffung
1523 zukunftssträchtiger Arbeitsplätze, beim Flüchtlingschutz sowie in der Asyl- und Migrationspolitik
1524 einsetzen.

1525 Die SPD will einen starken Euro in einem europaweiten Regelsystem, in dem Finanzmärkte reguliert
1526 sind, Steuerdumping bekämpft wird und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für Steuern
1527 existiert. Ein europäisches Aufbauprogramm mit klarem Vorrang von Investitionen in die
1528 Realwirtschaft soll Staaten helfen, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wirksam zu
1529 bekämpfen. Um die Chancen der digitalen Entwicklung zu nutzen, sind gezielte Harmonisierungen im
1530 technischen Bereich und beim sozialen Schutz erforderlich.

1531 Im Dialog müssen alle Akteure um die optimale Verbindung von größtmöglicher Freiheit im Internet
1532 und besten Sicherheits- und Sozialstandards ringen. Europapolitische Öffentlichkeits- und
1533 Bildungsarbeit soll insbesondere jungen Menschen die erreichten positiven Errungenschaften
1534 bewusstmachen. Die Europaschulen sollen dazu weiterhin unterstützt werden. Die SPD wird auch
1535 zukünftig auf allen Ebenen - z.B. den Bundesrat oder den Ausschuss der Regionen - die rheinland-
1536 pfälzischen Interessen einbringen. Die kommunalen, regionalen und internationalen Partnerschaften
1537 des Landes sollen weitergeführt werden.

1538 Weltweit befinden sich so viele Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Terrorismus wie seit
1539 dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Auch wir in Rheinland-Pfalz müssen unseren Beitrag

1540 gegen Armut und Perspektivlosigkeit in vielen Teilen der Welt leisten. Eine Verbesserung der
1541 Situation vor Ort muss aber bei den Ursachen ansetzen. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen
1542 Beitrag bereits seit Jahren mit der vorbildhaften Partnerschaft mit Ruanda. Wir werden diese
1543 Partnerschaft weiter unterstützen und gemeinsam mit dem Ruanda-Verein fortentwickeln. Wir
1544 wollen auch bei uns in Rheinland-Pfalz die Themen einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen
1545 Handels weiter voranbringen.

1546

1547 **50. Rheinland-Pfalz: Die Mitmach-Demokratie**

1548 2011 hat sich die rot-grüne Koalition aufgemacht, neue Impulse für eine lebendige Demokratie in
1549 Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Im Jahr 2013 hat Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ihre klare
1550 Leitlinie formuliert: Wir wollen die Stärkung der Bürgerdemokratie in unserem Land. Es geht darum
1551 Ideen, Anregungen, Haltungen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz
1552 frühzeitig aufzugreifen und umzusetzen.

1553 Mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr Mitwirkungschancen: das ist
1554 unser Ansatz. Wir haben die Empfehlungen der Enquete-Kommission Bürgerbeteiligung umgesetzt
1555 und das Transparenzgesetz verabschiedet. Damit sind unter anderem die formalen Hürden für
1556 direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene abgesenkt, Unterschriftensammlungen
1557 erleichtert und die Verpflichtung zu einem finanziellen Deckungsvorschlag gestrichen. Bei
1558 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum künftig einer prozentualen Staffelung
1559 unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt. Das heißt, dass bei einer
1560 Stadt von 200.001 Einwohnerinnen und Einwohnern statt 20.001 Unterschriften nur noch 10.001
1561 Unterschriften nötig sind. Auch das Abstimmungsquorum wird künftig herabgesetzt: Statt einer
1562 Zustimmung von 20 Prozent ist nur noch eine Zustimmung von 15 Prozent nötig. Demokratie lebt
1563 vom Mitmachen - dies unterstützen wir.

1564 Beteiligen, Mitwirken und Mitentscheiden: Dieser Dreiklang wird uns aber auch in der neuen
1565 Legislaturperiode begleiten. Wir wollen eine lebendige Mitmach-Demokratie, in der sich die
1566 Menschen einmischen können, ihre Fachkompetenz einbringen, in der Staat und Zivilgesellschaft
1567 vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür senken wir die Quoren für Volksbegehren. Eine
1568 unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle soll allen Initiatoren direktdemokratischer Verfahren zur
1569 Verfügung stehen. Frühzeitige Information und Transparenz über Vorhaben und Planungen und
1570 konsultative Beteiligungsansätze (wie beispielsweise Planungszellen, Befragungen,
1571 Stadtteilkonferenzen, Bürgerforen etc.) wollen wir zur Regel machen. Die Möglichkeit der
1572 Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel in Seniorenbeiräten, Jugendparlamenten,
1573 Migrations- oder Behindertenbeiräten, werden wir ausbauen und fördern.

1574 Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind eine grundlegende
1575 Voraussetzung für das Erlernen der Demokratie. Diese Aufgabe liegt bei Kindertagesstätten und
1576 Schulen, aber auch bei den außerschulischen Trägern der Jugendarbeit und der politischen Bildung.
1577 Diese werden wir weiter unterstützen. In Kitas und Schulen werden wir die
1578 Partizipationsmöglichkeiten ausweiten.

1579 Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.
1580 Wir befürworten das aktive und passive Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige bei
1581 Kommunalwahlen und bauen darauf, dass eine zeitnahe Änderung des Bundesrechts dies
1582 ermöglichen wird.

1583 In Zeiten der Digitalisierung der Gesellschaft muss auch das Verständnis von Parlamentsöffentlichkeit
1584 weiter entwickelt werden. Hierzu gehören nicht nur die bestehenden Livestream-Übertragungen
1585 parlamentarischer Sitzungen. Der Landtag ist das Herz unserer Demokratie. Er ist der zentrale Ort -
1586 nicht nur der Debatte, sondern auch der politischen Entscheidung. Die Debatte braucht aber neue,
1587 zeitgemäße Strukturen. Deswegen wollen wir eine Experimentierklausel zur Erprobung neuer
1588 Debattenformen einführen. Wir wollen im Landtag ein Beteiligungsportal einrichten, über das sich
1589 Bürgerinnen und Bürger nicht nur kompakt informieren, sondern sich mit ihrer Meinung und ihrem
1590 Sachverstand auch aktiv in die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit einbringen können. Neue
1591 Wege der Information und Partizipation wird das Bewusstsein für die parlamentarische Demokratie
1592 insbesondere bei jungen Menschen befördern. Deswegen wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich
1593 der politischen Bildung setzen und besonders die Rolle des Landtags stärken.

1594

1595 **V. Worauf es ankommt**

1596 Rheinland-Pfalz ist heute schon ein starkes und mitfühlendes Land. Mit der SPD können sich die
1597 Menschen darauf verlassen, dass sie hier auch in Zukunft gut und sicher leben und arbeiten können.
1598 Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz weiterhin für Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Zukunftsoffenheit
1599 steht. Allen Formen von Extremismus, Menschenfeindlichkeit und Terrorismus, die die Werte
1600 unseres Zusammenlebens und unsere offene Gesellschaft in Frage stellen wollen, werden wir
1601 entschlossen und mit allen Mitteln entgegentreten. Sie haben in Rheinland-Pfalz keinen Platz.

1602 Bundesweit wird deutlich, dass sich am rechten Rand der Gesellschaft menschen- und
1603 freiheitsfeindliche Gruppierungen neu formieren, dass Rassismus und Gewalt noch lange nicht
1604 besiegt sind. Populisten versuchen, Menschen mit autoritären oder antieuropäischen
1605 Grundeinstellungen zu sammeln oder aus den Zukunftsängsten politischen Profit zu schlagen. Wir

1606 erleben auch, wie schnell manchmal aus persönlicher Enttäuschung Fremdenfeindlichkeit oder
1607 generelle Abwendung von der sozialen Demokratie wird.

1608 Bei der Landtagswahl am 13. März geht es auch darum, dass wir rechten Vereinfachern und
1609 Populisten aller Schattierungen keine Chance lassen. Es geht darum, dass wir durch eine hohe
1610 Wahlbeteiligung dafür sorgen, dass die Mitte der Gesellschaft sich zu Wort meldet und den Kurs
1611 bestimmt. Dass Rheinland-Pfalz ein offenes, zukunftsorientiertes Land bleibt. Dass unsere
1612 Gesellschaft sich nicht spalten lässt, sondern die Probleme gemeinsam angeht.

1613 Von der Landesregierung muss in solchen Grundfragen unserer demokratischen Entwicklung Klarheit
1614 ausgehen, nicht Unentschiedenheit oder gar das Signal von Verständnis für Ausgrenzung oder
1615 antidemokratische Vorurteile. Das ist gerade deshalb so wichtig, weil in Europa vielerorts zuletzt so
1616 viel Wankelmut und Egoismus sichtbar geworden sind und eine Rückwendung zum alten
1617 Nationalstaatsverständnis des 20. Jahrhunderts uns alle zurückwerfen würde, auch wirtschaftlich.

1618 Hier geht es um grundlegende Weichenstellungen. Es geht um soziale Sensibilität, um pragmatisches
1619 Anpacken und um kulturelle Offenheit. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt,
1620 wie das geht. Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land diesen
1621 erfolgreichen Weg fortsetzt.

1622 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land mit einer klaren Haltung
1623 regiert wird, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt und dafür sorgt, dass alle am
1624 Erfolg unseres Landes teilhaben. Diese Politik passt zu Rheinland-Pfalz. Sie stärkt unser Heimatland -
1625 in seiner lebenswerten Vielfalt und in seiner sozialen Kompetenz. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz
1626 Zukunftsland.